

Der Umbruch in Osteuropa und die Theorien des Systemwechsels

Working Paper**Author(s):**

Pállinger, Zoltán Tibor

Publication date:

1997

Permanent link:

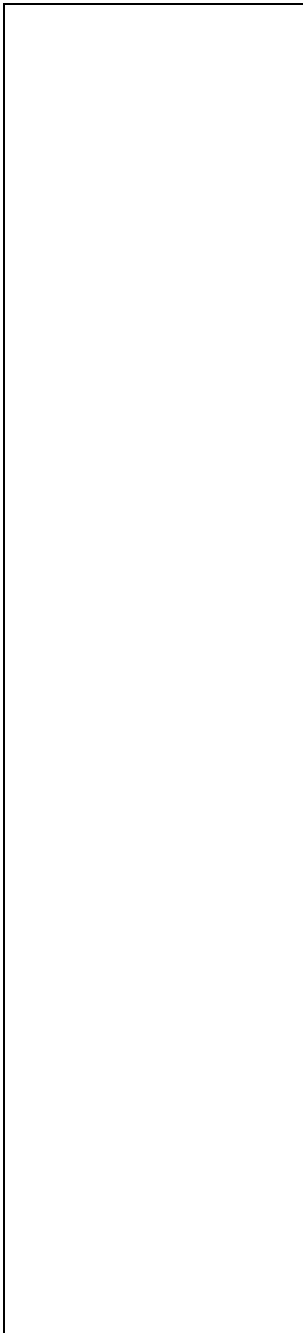
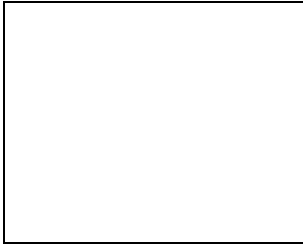
<https://doi.org/10.3929/ethz-a-001790340>

Rights / license:

In Copyright - Non-Commercial Use Permitted

Originally published in:

Beiträge / Eidgenössische Technische Hochschule, Forschungsstelle für Internationale Beziehungen 10



Eidgenössische Technische Hochschule

Forschungsstelle für Internationale Beziehungen

Zoltán Tibor Pállinger

Der Umbruch in Osteuropa und die Theorien des System- wechsels

Beiträge

Nr. 10 / Juni 1997

ETH-Zentrum SEI E3
Seilergraben 49

8092 Zürich

Tel. 01 632 67 61

Fax 01 632 19 45

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Begriffliche Grundlagen	2
2 Theoretische Grundfragen.....	9
2.1 Systemzusammenbruch	11
2.2 Transition.....	14
2.3 Konsolidierung	15
3 Metatheorien des Systemwechsels.....	18
3.1 Systemtheoretische Ansätze	18
3.2 Akteursansätze.....	25
4 Eigene Position.....	31

Einleitung

1974 begann mit dem Fall des Caetano-Regimes in Portugal die „Dritte Welle der Demokratisierung“.¹ Es folgten kurz darauf Griechenland und Spanien. Danach erfasste die Welle die autoritären Regime Lateinamerikas und kulminierte 1989 in der *Revolution in Europa*. Nach dem Zerfall des Ostblocks und der UdSSR gerieten auch Afrika und Asien in den Sog dieser Entwicklung: Zwischen 1973 und 1990 hat sich die Zahl der Demokratien verdoppelt, es ist deshalb nicht untertrieben, von einem globalen Trend zu sprechen.² Aus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Phänomen entwickelte sich die sogenannte *Transitionsforschung*. Obwohl die entsprechende Literatur mittlerweile ins Unübersichtliche angewachsen ist, blieben sowohl die Terminologie als auch die Forschungsmethodik uneinheitlich.³ Ausserdem stellte der Umbruch in Osteuropa diese Forschungsrichtung vor eine neue Herausforderung, denn die Probleme der ehemaligen sozialistischen Staaten liessen sich nur beschränkt mit den südeuropäischen und lateinamerikanischen Erfahrungen vergleichen. Deshalb ist es das Ziel dieses Aufsatzes, einerseits eine systematische „Auslegeordnung“ der Transitionsforschung vorzustellen und andererseits einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu geben, wobei speziell die osteuropäischen Erfahrungen berücksichtigt werden sollen. Dazu werde ich zunächst einen begrifflichen Rahmen erarbeiten und danach die wichtigsten Theorien des Systemwechsels präsentieren. Am Schluss steht die Erörterung meines eigenen Standpunktes, der eine vermittelnde Position im vorhandenen Theorieangebot einnimmt.

¹ Huntington geht von drei Wellen der Demokratisierung und zwei des Rückfalls aus. Die erste Demokratisierungswelle, die auf die amerikanische und die französische Revolution zurückging, dauerte von 1828-1926, darauf folgte eine Phase des Rückfalls (Faschismus) von 1922-1942. Gegen Ende des 2. Weltkrieges setzte eine kürzere Welle der Demokratisierung ein, die von 1943-1962 dauerte. Sie wurde von einer ebenfalls kurzen Welle des Rückfalls (1958-1975) abgelöst. Schliesslich ist seit 1974 die Dritte Welle der Demokratisierung im Gange. [Huntington (1993), S. 16ff.] Die Zählung ist aber uneinheitlich. Von Beyme [(1994), S. 11ff.] etwa geht von vier Wellen der Demokratisierung aus. Die Mehrzahl der Autoren aber folgt Huntington. Dieses Problem wird weiter unten erörtert.

² In dieser Zählung werden nur Staaten mit mehr als einer Million Einwohnern berücksichtigt. 1973 gab es demzufolge 30 Demokratien, ihnen standen 92 Nicht-Demokratien gegenüber. 1990 hingegen waren 59 Staaten demokratisch und nur noch 71 nicht-demokratisch. [Huntington (1993), S. 26.]

³ Vgl. dazu Merkel (1994a), S. 10.

1 Begriffliche Grundlagen

Eine brauchbare Nomenklatur sollte die historisch kontingenten Erscheinungsformen politischer Phänomene aufzeigen, benennen und in eine Ordnung bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, gehe ich vom Oberbegriff (Systemwechsel) aus. Anschliessend erörtere ich den Unterbegriff (Transition). Danach werden die verschiedenen Typen (Systemwandel, Umbesetzung und Ablösung) des Unterbegriffs (Transition) vorgestellt.

„Unter Systemwechsel wird der Wechsel in der Form politischer Herrschaftsausübung verstanden.“⁴ Im deutschen Sprachraum finden auch andere Bezeichnungen wie etwa Transition, Regimewechsel, Transformation etc. Verwendung, ohne inhaltlich andere Akzente zu setzen.⁵ In der angelsächsischen Forschung wird derselbe Sachverhalt meistens mit „transition“ umschrieben. Die - fast schon klassische - Definition dieses Begriffs stammt von Guillermo O’Donnell und Phillippe C. Schmitter: „‘Transition’ is the interval between one political Regime and another.“⁶ Diese Begriffsbestimmungen sind sehr allgemein gehalten und vermeiden eine Aussage über die Richtung des ablaufenden Prozesses. Das Forschungsinteresse der Transitionsforschung richtet sich aber auf den - friedlichen - Übergang von autoritären zu demokratischen Systemen. Der an sich wertneutrale Begriff „Transition“ wird fast ausschliesslich in diesem Sinne verwendet, ist also mit einem Werturteil zugunsten der Demokratie verbunden. Der Soziologe András Bozóki schlägt eine einschränkende Interpretation vor: „Transition is essentially an alternative of revolution.“⁷ Dabei geht er vom Resultat dieser beiden Vorgänge aus, nämlich dem Systemwechsel. Diese Konzeption entfernt sich jedoch meines Erachtens zu weit vom gewöhnlichen Sprachgebrauch. Aus diesem Grunde bevorzuge ich folgende, konventionellere Definition: „*Transition*“ ist die Phase des friedlichen Übergangs von einem autoritären zu einem liberaleren, demokratischeren Regimetypus. Übergänge in die anderer Richtung werden etwa als Rückfall oder Zusammenbruch bezeichnet. In meiner Terminologie bildet „Systemwechsel“ den Oberbegriff. Er bezeichnet das Phänomen. Transition und Rückfall sind Unterbegriffe, sie geben die Richtung des Prozesses an.

⁴ Von Beyme/Nohlen (1995), S. 636. Im folgenden verwende ich ebenfalls diese Definition.

⁵ Ibid.

⁶ O’Donnell/Schmitter (1986), S. 6.

⁷ Bozóki (1992), S. 167.

Das Konzept des Systemwechsels muss an dieser Stelle auch von einer anderen Forschungsrichtung abgegrenzt werden, die sich mit ähnlich gelagerten Fragen beschäftigt: Die *Theorien sozialen Wandels* (oder Transformationstheorien) untersuchen die langfristigen Veränderungsprozesse der (Tiefen-)Struktur der Gesellschaft:

Im Vordergrund der Analyse sozialen Wandels steht die langfristige Entwicklung von gesellschaftlichen Ordnungen und Systemen, z. B. die Entstehung des Industriekapitalismus, des Privateigentums, des Nationalstaates, des modernen Japan, der bürgerlichen Kernfamilie, der bürokratischen Organisation und des postmaterialistischen Wertsystems. Diese Auflistung langfristiger Trends zeigt jedoch, dass sozialer Wandel weniger einen spezifischen soziologischen Gegenstandsbereich meint, als alle sozialen Phänomene unter dem Gesichtspunkt ihrer Veränderbarkeit, insbesondere auch ihrer Abhängigkeit von langfristigen Strukturentwicklungen, zu untersuchen.⁸

Demgegenüber besitzen die Theorien des Systemwechsels einen spezifisch politischen Gehalt, da sie sich definitionsgemäss auf den Wechsel der Form der Herrschaftsausübung beziehen. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal ist die zeitliche Dimension. Transformationstheorien beschäftigen sich mit langfristigen Trends. Systemwechsel laufen hingegen - in der Regel - schnell ab, das heisst, dass sie kurz- bis höchstens mittelfristige Phänomene darstellen.⁹ Die ersteren stehen auf einer höheren Abstraktionsstufe, sind also von allgemeinerer Natur. Im Gegensatz dazu stellen die letzteren zumeist relativ konkrete *Theorien mittlerer Reichweite* dar. (Es ist durchaus möglich, dass in einem spezifischen Fall ein Systemwechsel Bestandteil einer Transformation ist - aber nicht umgekehrt.)

Nach der - externen - Abgrenzung (gegenüber den Theorien sozialen Wandels) wird nun die Terminologie der Theorien des Systemwechsels näher untersucht. Der Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regime verläuft in der Regel in drei Phasen: *Krise des autoritären Systems, Transition und Konsolidierung der Demokratie*. Zunächst erodiert die Basis des autoritären Regimes; es machen sich Krisenzeichen bemerkbar. Die Führung ver-

⁸ Strasser (1995), S. 665f.

⁹ Bis zu einem gewissen Grade ist die Unterscheidung von kurzer und langer Frist willkürlich. Ich möchte mich deshalb auch nicht auf eine konkrete Jahreszahl als Differenzkriterium festlegen. Aus diesem Grunde verwende ich eine systemtheoretische Unterscheidung: Als langfristig werden Phänomene angesehen, die auf der Wirkung von grundlegenden strukturellen Prozessen beruhen (also einen Teil derselben bilden). Kurzfristig sind hingegen einzelne Interaktionen der Systemelemente, die entweder Prozesse in Gang setzen/beenden oder keine Strukturwirksamkeit entfalten.

sucht, mit systemkonformen Mitteln Abhilfe zu schaffen. Um die Legitimität der eigenen Herrschaftsausübung zu erhöhen, werden Liberalisierungsschritte¹⁰ unternommen. Meistens erweisen sich diese Reformen als ungenügend, weil die Probleme des Regimes systemimmanent sind und nur durch einen Systemwechsel gelöst werden können. Deshalb findet in solchen Fällen häufig ein Übergang zur Demokratie statt. Die Transition ist dann erfolgreich abgeschlossen, wenn sich das neue Regime konsolidiert hat, das heisst, dass keine Alternativen zur Demokratie existieren.¹¹

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Revolution in Europa verdeutlichte, dass der Wandel in der ganzen Region den Rahmen von Reformen überschritt, aber nirgendwo die Form einer Revolution annahm.¹² Das klassische Vokabular versagte bei der Beschreibung dieser Phänomene. Die Publizistik versuchte sich zunächst mit Umschreibungen wie „ausgehandelte Revolution“, „friedliche Revolution“ oder „samtene Revolution“ zu helfen. Die originellste Wortschöpfung stammt von Timothy Garton Ash, der kurzerhand beide Worte kombinierte und so das Wort „refolution“ kreierte.¹³ Die vergleichende Perspektive erwies sich jedoch für die Wissenschaft fruchtbarer, denn die Transitionsforschung hatte bereits am Beispiel der südeuropäischen und lateinamerikanischen Demokratisierungen die begrifflichen Grundlagen für ähnlich gelagerte Systemwechsel erarbeitet. Diese liessen sich mit mehr oder weniger grossen Anpassungen auch auf Osteuropa anwenden.

Mittlerweile liegen also Einzelfälle in ausreichender Anzahl vor, um eine Typologie zu erstellen. Ich gehe dabei von der Grundannahme aus, dass ein Kontinuum der Formen des Herr-

¹⁰ Es muss grundsätzlich zwischen Liberalisierung und Demokratisierung unterschieden werden: Unter Liberalisierung versteht man „the process of making effective certain rights that protect both individuals and social groups from arbitrary or illegal acts committed by the state or third parties“. [O'Donnell/Schmitter (1986), S.7.] Demokratisierung hingegen „refers to the process whereby the rules and procedures of citizenship are either applied to political institutions previously governed by other principles ... or expanded to include persons not previously enjoying such rights and obligations ... or extended to cover issues and institutions not previously subject to citizen participation ... [O'Donnell/Schmitter (1986), S.7.] Mit anderen Worten, Zweck der Liberalisierung ist der Ausbau der Freiheitsrechte; Zweck der Demokratisierung ist demgegenüber der Ausbau der politischen Rechte. Diese beiden Prozesse lassen sich jedoch nicht exakt auseinander halten; sie überschneiden sich teilweise.

¹¹ Die Kriterien der Konsolidierung werden weiter unten erörtert.

¹² Rumänien bildet in dieser Hinsicht einen Sonderfall, auf den ich nicht ausführlich eingehen werde. Der Systemwechsel nahm in diesem Land revolutionäre Züge an, weil das Regime völlig unreformierbar (totalitär) war. „As history shows, no democratic transition is possible from the totalitarian regimes ... Usually democratic change can only be accomplished by revolution in totalitarian regimes ...“ [Bozóki (1992), S. 167.]

¹³ Garton Ash (1989), S. 309.

schaftswechsels existiert, deren Pole der Staatsstreich und die Revolution bilden. Die zu untersuchenden Phänomene werden an fünf Kriterien (Start, Prozess, Akteure, Verhältnis zur Gesellschaft und Resultat) gemessen. Auf diese Weise lassen sich sechs Kategorien konstruieren: Staatsstreich, Reform, Systemwandel (transformation), Umbesetzung (transplacement), Ablösung (replacement) und Revolution.¹⁴ Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

	Staatsstreich	Reform	Systemwandel	Umbesetzung	Ablösung	Revolution
Start	von oben	von oben	von oben	von oben und unten	von unten	von unten
Prozess	gewaltsam	friedlich	friedlich	friedlich	friedlich	gewaltsam
Akteure	rivalisierende Herrschaftsgruppen	Konservative Reformer	Konservative Reformer	Führung: Konservative Reformer Opposition: Moderate Radikale	Moderate Radikale	alte Elite Opposition
Verhältnis zur Gesellschaft	Demobilisierung	Demobilisierung	Demobilisierung	Mobilisierung/Demobilisierung	Mobilisierung/Demobilisierung	Mobilisierung
Resultat	in der Regel kein Systemwechsel	in der Regel kein Systemwechsel	Systemwechsel	Systemwechsel	Systemwechsel	Systemwechsel
Transition						

Tabelle 1: Typologie der Formen des Herrschaftswechsels

Aus dieser Typologie¹⁵ geht hervor, dass drei Arten des Herrschaftswechsels unter die Definition der Transition fallen, nämlich der Systemwandel, die Umbesetzung und die Ablösung. Ich werde sie im folgenden kurz vorstellen:¹⁶

¹⁴ Diese Nomenklatur stammt von Huntington (1993), S. 114; vgl. auch vgl. Bozóki (1992), S. 164ff.

¹⁵ Wie alle wissenschaftlichen Konstrukte besitzen Typologien Stärken und Schwächen. Ihre Anwendbarkeit ist nur innerhalb gewisser Grenzen sinnvoll. Eine allzu starre, formalistische Handhabung würde die(se) Typologie zu stark ins Abstrakte entrücken, sie mithin ihres Realitätsgehalts berauben. Dieses Risiko wird durch die Möglichkeit aufgewogen, historische Abläufe anhand formaler Kriterien zu erfassen. Sie werden dadurch in eine Ordnung gebracht und somit vergleichbar gemacht. Huntington schreibt über den Gebrauch wissenschaftlicher Typologien: „As with regime types, historical cases of regime change did not necessarily fit neatly into theoretical categories ... At times transitions began as one type and then became another ... Every historical case combined elements of two or more historical transition processes. *Virtually every historical case, however, more clearly approximated one type of process than others.*“ [Huntington (1993), S. 114f.; Hervorhebung durch den Verf.]

¹⁶ Im folgenden stütze ich mich auf Huntington (1993), S. 124ff.

- Beim *Systemwandel* übernehmen die Machthaber die Führungsrolle bei der Transition. Dieser Prozess verläuft in der Regel in fünf Phasen: In einem ersten Schritt tritt unter den autoritären Machthabern eine Gruppe (oder einzelne) von potentiellen Führungspersonlichkeiten auf, die eine Liberalisierung oder Demokratisierung für notwendig oder wünschenswert halten. Die Liberalisierer wollen keinen vollständigen Übergang zur Demokratie, da dieser ihre aktuelle Machtstellung gefährden könnte. Sie gehen zunächst davon aus, dass die Liberalisierung die Kosten der Herrschaftsausübung senken und zur Stabilisierung des Regimes beitragen könnte. In einem zweiten Schritt verdrängen diese Reformkräfte ihre konservativen Gegner und übernehmen die Macht. In der dritten Phase zeigt es sich, dass die Liberalisierung nicht ausreicht, um die Probleme des Systems zu lösen. Es treten vermehrt Kräfte auf, die auf eine konsequente Demokratisierung drängen. Die Liberalisierer werden von radikaleren Reformern abgelöst. Diese haben nun genügend Macht, um die Demokratisierung in Gang zu setzen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es ihnen aber nicht gelungen, den Widerstand der konservativen Hardliner zu überwinden. Deshalb versuchen in der vierten Phase reformistische Regierungen, die Reformgegner gezielt zu schwächen, indem sie die Legitimität ihrer konservativen Widersacher zerstören und beispielsweise den (Staats-) Apparat säubern. Fünftens beginnen schliesslich die Reformer an der Macht Verhandlungen mit der Opposition über die vollständige Demokratisierung. Am Schluss dieser Verhandlungen stehen formelle oder informelle Vereinbarungen, die die Spielregeln des Übergangs und zum Teil auch die neuen Institutionen festlegen. Mit der Kooptation der Opposition ist die Transition abgeschlossen. Huntington zählt die Systemwechsel in Spanien, Brasilien, Mexiko und mit Vorbehalt Ungarn zur Kategorie des Systemwandels.
- Die *Umbesetzung* ist das kombinierte Produkt von Aktionen sowohl der Regierung als auch der Opposition. Dies ist darum der Fall, weil keine der beiden Gruppen genügend Macht besitzt, um den Ausgang dieses Prozesses allein zu bestimmen. Auf der Seite der Herrschenden befinden sich die Konservativen und Reformer ungefähr in einem Kräftegleichgewicht, so dass die Regierung zwar bereit ist, mit der Gegenseite zu verhandeln, nicht aber eine Transition in Gang zu setzen. Bei der Opposition sind die Moderaten zwar stark genug, um die radikalen Kräfte zurückzubinden, aber sie besitzen nicht ausreichend Macht, um die Regierung zu stürzen. Beide Seiten (Regierung und Opposition) müssen die Vorteile von Verhandlungslösungen erkennen. Auch bei der Umbesetzung lassen sich fünf Phasen unterscheiden. In einem ersten Schritt leiten die Regierungen zaghafte Liberalisie-

rungsschritte ein, welche ihre Macht und Autorität zu untergraben beginnen. Darauf reagiert, zweitens, die Opposition durch Ausdehnung ihrer Aktivitäten, um einerseits die Regierung zu schwächen und sich andererseits Unterstützung zu sichern. Sie geht von der Annahme aus, die Regierung bald stürzen zu können. Drittens schreitet die Regierung zu gewaltsamen Gegenmassnahmen, um die Macht der Opposition zu begrenzen. In der vierten Phase erkennen sowohl die Regierung als auch die Opposition, dass sie sich in einem Patt befinden; sie beginnen nach Auswegen aus dieser Situation zu suchen. Fünftens wird ein Verhandlungsprozess (Runder-Tisch-Verhandlungen) eingeleitet, an dem sich Regierung und Opposition über die konkreten Bedingungen der Demokratisierung verständigen. Dabei stehen, weil keine Seite dominant ist, Kompromisslösungen im Vordergrund. Die bekanntesten Fälle der Umbesetzung haben in Polen, der CSSR, Uruguay und Süd-Korea stattgefunden.

- Bei der *Ablösung* ist die Demokratisierung Folge des Erstarkens der Opposition zum einen und der Schwächung der Regierung zum anderen. Wegen der Schwäche der Reformer dominieren die Konservativen innerhalb des Regierungslagers. Deshalb sind Liberalisierungsschritte sehr unwahrscheinlich. Zunächst sind die autoritären Regierungen stärker als die Opposition. Nach einiger Zeit beginnt die Unterstützung des Regimes zu erodieren, parallel dazu erstarkt die Opposition. Da keine freie Meinungsartikulation (Repression!) möglich ist, überschätzen autoritäre Herrschende in vielen Fällen ihre eigene Popularität: die stetig zunehmende Unzufriedenheit wird erst spät wahrgenommen, wenn die Legitimationsbasis des Systems schon zerstört ist. Die Abwendung wichtiger Machtträger (zum Beispiel des Militärs) oder Massendemonstrationen und Streiks führen zum plötzlichen Kollaps des Regimes. Vor dem Fall der Regierung ist die Opposition durch ihre Gegnerschaft zur bestehenden politischen Ordnung geeint. Danach treten die Divergenzen über das zu schaffende System und die zukünftige Verteilung der Macht offen zu tage. Die Chancen einer Demokratisierung hängen zu diesem Zeitpunkt davon ab, ob sich die moderaten Kräfte gegen die antidemokratischen Radikalen durchsetzen können. Die Ablösung ist der unsicherste und zugleich seltenste Weg zur Demokratie. Als prominente Beispiele für diesen Transitionstypus gelten etwa die Philippinen, Portugal und Griechenland.

Die begrifflichen Grundlagen der Transitionsforschung wurden anhand der südeuropäischen und lateinamerikanischen Demokratisierungen erarbeitet. Obwohl die osteuropäischen Sys-

temwechsel in Vielem diesen Vorbildern gleichen, besitzen sie zahlreiche abweichende Spezifika. Es ist deshalb notwendig, diese kurz vorzustellen:

- Der Systemwechsel in Osteuropa ist das Resultat exogener (internationales Umfeld) und endogener Faktoren. Ohne die grundlegende Änderung der sowjetischen Aussenpolitik wäre die Demokratisierung nicht möglich geworden. Der konkrete Verlauf der Transition ist aber auf die spezifischen Entwicklungen in den jeweiligen Ländern zurückzuführen.
- Die Revolution in Europa hatte eine dreifache Zielrichtung: gegen das autoritäre Regime, gegen das ineffiziente Wirtschaftssystem und gegen die sowjetische Vorherrschaft.¹⁷
- Die Osteuropäischen Länder stehen - im Gegensatz zu Südeuropa und Lateinamerika - vor dem Problem, dass sie den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und vom autoritären zum demokratischen Regime gleichzeitig vollziehen müssen.¹⁸ Dabei besteht die Gefahr, dass die ökonomischen Schwierigkeiten die Konsolidierung der Demokratie gefährden könnten.
- Die osteuropäischen Staaten bildeten als Einparteiensysteme eine relativ homogene Gruppe. Die bipolare Konstellation der Weltpolitik schien von Dauer zu sein. Deshalb wurden diese sozialistischen Staaten vom Westen als koexistenzwürdig angesehen (im Gegensatz zu den faschistischen Systemen im 2. Weltkrieg!). Die vierzigjährige sozialistische Herrschaft hat diese Gesellschaften - auch nach dem Systemwechsel - entscheidend geprägt: Zum einen wurde mehr als eine ganze Generation unter den entsprechenden Bedingungen sozialisiert (sozialistische Staatsideologie), was nicht ohne Folgen für das Wertesystem der Menschen geblieben ist. Zum anderen dauerte die sozialistische Herrschaft genügend lange, um eine gewisse funktionale Ausdifferenzierung hervorzubringen. Die Professionalisierung grosser Teile des Apparates führte dazu, dass diese Fachleute auch nach dem Systemwechsel gebraucht wurden, was das Ausmass des Elitenwechsels a priori begrenzte.
- In allen osteuropäischen Ländern war der Sozialismus mit einer gewissen Modernisierung verbunden. Der Bildungsstand konnte auf westliches Niveau angehoben werden. Die anfängliche Mobilisierung der Bevölkerung führte zur Überwindung parochialer Einstellungen, dabei wurde die Gesellschaft auch säkularisiert. Diesen Errungenschaften standen be-

¹⁷ Von Beyme (1994), S. 47.

¹⁸ Offe (1994), S. 57-80.

ziehungsweise stehen aber grosse Defizite gegenüber. In den sozialistischen Gesellschaften fehlten zum Beispiel Konfliktaustragungsmechanismen und rechtstaatliche Garantien. Die Menschen mussten nach jahrzehntelanger Bevormundung den Gebrauch politischer Partizipationsrechte erst erlernen.

In Anbetracht dieser Spezifika ist es nicht abwegig, von der „Unvergleichbarkeit der Systemwechsel von 1989“¹⁹ zu sprechen. Wenn man in Betracht zieht, dass die osteuropäischen Länder in politischer Hinsicht eine relativ homogene Gruppe bildeten, der Systemwechsel in der ganzen Region innerhalb eines Jahres ablief, die Gründe für diesen Prozess grosse Ähnlichkeit aufwiesen und sich die Probleme bei der demokratischen Konsolidierung gleichen, dann lässt sich von Beyme zustimmen, der die osteuropäischen Systemwechsel als separate, *vierte Welle der Demokratisierung*²⁰ bezeichnet. Nach Erarbeitung der begrifflichen Grundlagen und dem Hinweis auf die osteuropäischen Spezifika sollen im folgenden die wichtigsten Elemente der Theorien des Systemwechsels vorgestellt werden.

2 Theoretische Grundfragen

In diesem Abschnitt wird der Gegenstandsbereich der Theorien des Systemwechsels abgesteckt. Zu diesem Zweck untersuche ich zunächst die wichtigsten Fragestellungen und skizziere die jeweiligen Antworten. Sie bilden die Grundelemente für jeden Erklärungsansatz. Die so erarbeiteten Antworten lassen sich dann zu zwei grossen Theoriegruppen (Akteurs- und Systemansätze) zusammenfassen, wie ich in Abschnitt 3 zeigen werde.

Theorien des Systemwechsels befassen sich - definitionsgemäss - mit dem Wechsel in der Form der politischen Herrschaftsausübung. Sie müssen also die Gründe, den Verlauf und die Folgen solcher Prozesse aufzeigen. Konkreter: Diese Forschungsrichtung sollte in der Lage sein, Theorien aufzustellen, welche die Ursachen für den Zusammenbruch des alten Systems, den Übergang zum neuen und die Konsolidierung desselben in einem konsistenten Rahmen erklären können.

¹⁹ Von Beyme (1994), S. 47.

²⁰ Ibid, S. 12.

Im Verlaufe eines Systemwechsels können drei Arten von Problemen auftreten: Systemische, transitionsbedingte und kontextuelle.²¹ Systemische Probleme ergeben sich aus der „normalen“ Funktionsweise eines politischen Systems, das heißt, sie sind regimespezifisch (demokratisch oder autoritär). Die transitionsbedingten Schwierigkeiten resultieren direkt aus dem Übergang von einer Herrschaftsform zu einer anderen. Sie umfassen zum Beispiel Fragen des institutionellen Designs oder des Abbaus autoritärer Strukturen. Kontextuelle Probleme sind unabhängig von der Herrschaftsform, weil sie von der Natur der Gesellschaft, der Kultur und der Geschichte etc. abhängig sind. Sie sind deshalb länderspezifisch.

In den verschiedenen Phasen eines Systemwechsels dominieren unterschiedliche Probleme (vgl. Tabelle 2). Ihre theoretische Bewältigung erfordert differenzierte Ansätze. Meines Erachtens gibt es nicht eine einzelne Theorie, die allen Fragestellungen in gleicher Weise gerecht wird. Deshalb werde ich im folgenden die gängigsten Erklärungsmuster für jeden einzelnen Abschnitt der politischen Entwicklung individuell skizzieren. Auf diese Weise lassen sich die Grundelemente der Theorien des Systemwechsels (re-)konstruieren.

Problemtypus	politische Entwicklung		
	autoritäres System	Transitionsphase	Demokratie
kontextuell	[Bar chart showing contextually dominant problems across all three phases]		
transitionsbedingt		[Bar chart showing transitionally dominant problems in the transition phase]	
systemisch	[Bar chart showing systemically dominant problems in the authoritarian system]		[Bar chart showing systemically dominant problems in democracy]

Tabelle 2.: Zusammenhang von Problemtypus und politischer Entwicklung

Quelle: Huntington (1993), S. 210.

²¹ Huntington (1993), S. 209f.

2.1 Systemzusammenbruch

Adam Przeworski hat anhand der südeuropäischen und lateinamerikanischen Erfahrungen vier Erklärungen für den *Zusammenbruch* von autoritären Regimen gefunden:²²

- Das Regime hat seinen Zweck erfüllt;
- Das Regime wurde delegitimiert;
- Konflikte innerhalb der Machtelite führten zur Mobilisierung der Massen;
- Internationale Faktoren.

Wie von Beyme und Nohlen nachweisen, lassen sich diese Erklärungsmuster nur beschränkt auf Osteuropa übertragen.²³ Die sozialistischen Regime verstanden sich nicht als Übergangssysteme, sondern als neue („höhere“) Form der Staatlichkeit. Die restlichen drei Faktoren hingegen haben beim Systemwechsel eine mehr oder weniger grosse Rolle gespielt. Erst das Nicht-Eingreifen der UdSSR ermöglichte die Ablösung der Einparteiherrschaft in den einzelnen Ländern. Die westliche Politik unterstützte die Demokratisierung, und dabei nahm insbesondere die Europäische Gemeinschaft (EG) die Rolle eines Referenzsystems ein. Doch diese exogenen Faktoren können den Systemwechsel in Osteuropa nicht hinreichend erklären. Auch der Legitimitätsverlust und die Intra-Elitenkonflikte, die zur Mobilisierung der Massen geführt haben, stellen für sich allein genommen keine ausreichende Erklärung dar. Meines Erachtens müssen als erstes die Gründe, die zum Untergang der sozialistischen Systeme geführt haben, in ihrem komplexen Zusammenwirken „genetisch“²⁴ rekonstruiert werden, dabei sollte insbesondere die Ausgangslage (Sozialismus als solches) mitberücksichtigt werden. Diese konkreten Einzelfallanalysen lassen sich dann in einem zweiten Schritt in einen umfassenderen theoretischen Rahmen einbetten.

Als Folge des 2. Weltkrieges besetzten sowjetische Truppen Osteuropa, und es wurden überall in dieser Region sozialistische (Satelliten-)Regime installiert. Der grösste Teil der Bevölke-

²² Przeworski (1986), S. 50.

²³ Von Beyme/Nohlen (1995) S. 645.

²⁴ Diese Methode untersucht die konkreten Bedingungen individueller Systemwechsel und liefert somit Einzelfallanalysen. [Dazu detaillierter: Von Beyme/Nohlen (1995), S. 640.]

rung empfand dies als illegitimen²⁵ Gewaltakt. Der Sozialismus war von Beginn an mit dem Makel der Fremdherrschaft behaftet. Es bestand aber - theoretisch jedenfalls - die Möglichkeit einer nachträglichen Legitimierung. Diese Problematik muss genauer untersucht werden, denn sie bietet einen brauchbaren Erklärungsansatz für den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme.

In modernen Staaten ist die rational-legale Legitimation vorherrschend.²⁶ Sie basiert auf den Grundsätzen der Rechts-, National- und Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie der Demokratie. Im Idealfall verhalten sich diese Prinzipien komplementär und führen zu einem Gleichgewicht der Legitimationsgrundlagen. Eventuelle Defizite eines Elements können von den anderen ausgeglichen werden. Die sozialistische Herrschaftspraxis verletzte aber - trotz allen Lippenbekenntnissen - die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Zudem schränkte die sowjetische Vorherrschaft die Souveränität der einzelnen osteuropäischen Länder erheblich ein (Breschnew-Doktrin), so dass sich auch die Nationalstaatlichkeit (Selbstbestimmung) nicht voll entfalten konnte. Diese Schwächen liessen sich einerseits durch die Anwendung von Gewalt, andererseits durch die Erschliessung zusätzlicher Legitimationsquellen kompensieren: Anfänglich basierte die sozialistische Herrschaft in Osteuropa auf Terror (Gewalt) und Ideologie. Es ist aber unmöglich, dauerhaft gegen den Willen der Bevölkerung zu regieren. Deshalb muss jedes System, um nicht zusammenzubrechen, Leistungen erbringen. Aus diesem Grunde wurde zunehmend die Wohlfahrtsstaatlichkeit zur Legitimation benutzt. Die politische Unfreiheit sollte durch Konsummöglichkeiten und soziale Sicherheit aufgewogen werden.²⁷ Diese Kausalkette stellt die Verbindung zwischen den beiden Subsystemen Politik und Wirtschaft her: *Wegen der unzulänglichen Mischung der Legitimationsfaktoren war für den Sozialismus ökonomischer Erfolg unabdingbar.*²⁸

²⁵ Unter „Legitimität“ wird hier die *wertorientierte Unterstützung* [von Beyme (1994), S. 58] einer politischen Ordnung verstanden, die über die blosse „diffuse, interessengeleitete Hinnahme von Herrschaft“ [Meuschel (1992), S. 23] hinausgeht. Legitimität lässt sich nicht abstrakt festlegen. Sie ist das Produkt von historischen Prozessen einerseits und Wertvorstellungen andererseits. Eine Herrschaftsform ist also nie per se legitim. Sie muss im politischen Kontext gegenüber allfälligen Alternativen beurteilt werden.

²⁶ Von Beyme (1994), S. 56.

²⁷ Der „Gulaschkommunismus“ in Ungarn ist das bekannteste Beispiel für diese Art von Politik.

²⁸ Ralf Dahrendorf beschreibt eindrücklich in seinen „Betrachtungen über die Revolution in Europa“, wie das britische Verfassungssystem trotz jahrzehntelangem relativem wirtschaftlichem Niedergang seine Legitimität nicht verloren hat, weil es aus unterschiedlichen Legitimationsquellen (in seiner Terminologie: demokratische Institutionen) schöpfen konnte. [Dahrendorf (1990), S. 81.]

Aus dem Wesen der sozialistischen Herrschaftsausübung geht also die grosse Bedeutung der Wirtschaft für die Systemerhaltung hervor: Sie musste Legitimität anstelle von konkurrenzfähigen Gütern produzieren. Diese Konstellation behinderte die funktionale Ausdifferenzierung, weil das ökonomische Subsystem nicht seiner eigenen Logik gehorchte, sondern dem Primat der Politik unterworfen war. Dies wäre nicht weiter problematisch, hätten sich die sozialistischen Wirtschaftssysteme (im Vergleich zu den kapitalistischen) als erfolgreich erwiesen. Doch die zentralistische Planung und die - fast ausschliessliche - Dominanz des Staatseigentums führten zu schwerfälligen Lenkungsmechanismen. Diese wiederum verringerten die Innovationsfähigkeit und führten zu Ineffizienz.²⁹ Die Kombination von Diktatur und Planwirtschaft bildete einen Teufelskreis. Weil alle Subsysteme miteinander verzahnt waren, also keine Autonomie besaßen, weiteten sich Störungen in den einzelnen Teilbereichen tendenziell zu Krisen des Gesamtsystems aus. Wegen der Überpolitisierung besaßen die sozialistischen Staaten keine effektiven Korrekturmöglichkeiten. Die Instrumente des Krisenmanagements erwiesen sich als dysfunktional, weil sie die Ursache der Probleme, nämlich das Primat der Politik, nicht beseitigen konnten, ohne die Einparteiheerrschaft selbst in Frage zu stellen.

Es ist einfach, den Sozialismus im Nachhinein als Sackgasse der Evolution zu apostrophieren. Das Scheitern dieser Systeme stand jedoch keineswegs von Anfang an fest (oder wurde zumindest weder von der Wissenschaft noch der Politik erkannt³⁰), sondern resultierte aus dem Wettbewerb mit kapitalistischen Demokratien.³¹ Für die Theorien des Systemwechsels ist es deshalb notwendig, in einem ersten Schritt die Funktionsbedingungen des Sozialismus zu erforschen sowie seine systemimmanenten Mängel aufzudecken (dazu sind besonders die Systemansätze geeignet). Mit diesen Erkenntnissen - eventuell unter Zuhilfenahme von anderen, länderspezifischen Faktoren - sollte sich der Zusammenbruch von sozialistischen Systemen modellieren lassen. Dabei müssen insbesondere die Fragen nach dem Zusammenhang von ökonomischer Krise und Legitimitätsverlust sowie dem Versagen des Krisenmanagements beantwortet werden können.

²⁹ Eine knappe Darstellung der systemimmanenten Schwächen der sozialistischen Wirtschaftsform findet sich in Burchhardt (1995), S. 103-119.

³⁰ Die wenigen Ausnahmen scheinen eher die Regel zu bestätigen.

³¹ Vgl. dazu Welzel (1994), S. 47ff.

2.2 Transition

Im Verlaufe der *Transition* standen in den osteuropäischen Ländern, neben der Neuregelung des Verhältnisses zur UdSSR, drei Zielsetzungen im Vordergrund: Die Regeneration der Civil society³² sowie die Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft. Im Gegensatz zum Sozialismus liegt der Demokratie kein geschlossenes Weltbild zugrunde, typisch ist vielmehr die Konkurrenz von Deutungsangeboten.³³ Aus diesem Grunde gibt es nicht *einen* Weg zu ihr, sondern eine Vielzahl von möglichen Entwicklungspfaden. Schon in der Phase des Übergangs zur Demokratie mussten unter Zeitdruck grundlegende Weichenstellungen für die zukünftige Gesellschaftsordnung getroffen werden. Die Eliten befanden sich in einer strategischen Entscheidungssituation, ohne auf eine ausreichende Informationsbasis oder theoretische Hilfsmittel zurückgreifen zu können. Deshalb wurde *Unsicherheit* zu einem beherrschenden Moment im Transitionsprozess.

Theorien des Systemwechsels sollten unter Berücksichtigung dieser Ausgangslage im Stande sein, zu erklären, wie in konkreten Fällen der Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regime verläuft, welche Konflikte und Probleme dabei auftreten. Sie müssen auch begründen können, wie und warum die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundsatzentscheidungen zustande gekommen sind. Aus der Natur der Fragestellungen heraus dominieren in dieser Forschungsrichtung Akteursansätze. Werden den Akteuren rationale Beweggründe („rational-choice“), also Nutzenmaximierung, unterstellt, lassen sich Klassen mit ähnlicher Interessenlage (Interessengruppen) bilden. Auf diese Weise können konkrete Entscheidungen personeller oder institutioneller Art modelliert werden. Obwohl Akteursansätze für die Beantwortung dieser Fragen am besten geeignet erscheinen, müssen auch strukturelle Faktoren in die Theoriebildung integriert werden. Nur so lassen sich gewisse spezifische Verhaltensmuster, Konflikte und kulturelle Besonderheiten befriedigend erklären.

³² Im heutigen - angelsächsischen - Sprachgebrauch bezeichnet man mit „Civil society“ die nicht-politischen Komponenten einer bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Ursprünglich stammt der Begriff von Hegel und Marx (bürgerliche Gesellschaft). Er bezeichnet dort ein bestimmtes geschichtliches Entwicklungsstadium. Da die ungarische Übersetzung „civil társadalom“ beide Bedeutungen umfasst, die gebräuchliche deutsche „Zivilgesellschaft“ hingegen nur die zweite, wird auf eine Übersetzung verzichtet. [Vgl. Miller (1995), S. 64, sowie Dahrendorf (1990), S. 95.]

2.3 Konsolidierung

In der Transitionsforschung nimmt die Debatte, ab welchem Zeitpunkt die demokratische Herrschaftsausübung als gesichert gelten kann, einen breiten Raum ein. Die *Konsolidierung*³⁴ bildet den Abschluss des Überganges von einem autoritären Regime zu einem demokratischen. Logisch betrachtet ist sie somit das Gegenstück des Systemzusammenbruchs. Deshalb treten - allerdings unter umgekehrten Vorzeichen - ähnliche Probleme auf: Die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems muss sichergestellt werden. Dabei stellt sich auch die Frage nach dem Aufbau von Legitimität.³⁵ In der Regel sehen sich die neuen demokratischen Regime mit dem autoritären Erbe konfrontiert, müssen also dieselben (kontextuellen) Schwierigkeiten bewältigen, doch wie Huntington richtig bemerkt:

In some cases new democratic regimes may deal successfully with individual problems. In the overwhelming majority of cases, however, it seems highly likely that third wave democratic regimes will not handle these problems effectively and that they will, in all probability, be no more or less successful in doing this than their authoritarian predecessors.³⁶

Dieses Problemfeld wird im Falle der osteuropäischen Länder durch *das Dilemma der Gleichzeitigkeit*³⁷ von politischem und ökonomischen Systemwechsel akzentuiert. Sind deshalb die Chancen der Konsolidierung a priori pessimistisch einzuschätzen? Meines Erachtens zeigt sich in diesem Punkt eine der Hauptstärken der Demokratie: Sie ist nicht *einseitig* auf Leistungslegitimation, das heißt auf wirtschaftlichen Erfolg, angewiesen, sondern sie kann aus einer Vielzahl von Legitimationsquellen schöpfen, was das Lösen dieser Aufgabe erleichtert.

In Osteuropa erfordert der Systemwechsel den Umbau der *Wirtschaft* (Marktwirtschaft), der *politischen Ordnung* (Demokratie) und der *Gesellschaft* (Aufbau der Civil society). Da durch die Überpolitisierung die funktionale Ausdifferenzierung behindert wurde, muss dieser Prozess nachgeholt werden. Dabei können kurzfristig Zielkonflikte auftreten, langfristig sollten

³³ Von Beyme (1994), S. 70f.

³⁴ Dazu ausführlicher: Merkel (1994c).

³⁵ Vgl. dazu Meyer (1994); Filipowicz (1994); Bozóki (1994).

³⁶ Huntington (1993), S. 255.

³⁷ Offe (1994), S. 57.

diese drei Subsysteme zu einem Verhältnis der „relativen Harmonie“³⁸ finden und gemäss ihrer eigenen Logik funktionieren. Dies bedingt den Aufbau eines institutionellen Rahmens,³⁹ der Interaktionskanäle und Konfliktaustragungsmechanismen bereitstellt. Die osteuropäischen Staaten müssen die entsprechenden Instrumente nicht eigens erfinden, sondern können auf erprobte - westliche - Vorbilder zurückgreifen. Das internationale Umfeld, insbesondere die Europäische Union (EU), stellt also ein Bezugssystem dar, welches die Optionen dieser Länder eingrenzt oder negativ formuliert:

Paradoxically, although countries such as Poland and Hungary mostly ‘liberated’ themselves, their liberation from the Soviet empire was at the same time, a ‘defeat’ for them. Because of their structural weakness, they have had to accept the model of Western democracy that has been the fundamental precondition for their acceptance in the international system.⁴⁰

Dieses Faktum ist aber nicht einseitig negativ zu werten, denn die rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Anforderungen, welche der Westen als Preis für eine Integration der osteuropäischen Staaten stellt, liegen auch in deren Interesse. Probleme entstünden, wenn einerseits die Mehrheit der Bevölkerung den westlichen Werten ablehnend gegenüberstünde und andererseits - annehmbare - Gegenideologien verfügbar wären - was beides, im Moment jedenfalls, nicht der Fall ist.⁴¹

Die Übernahme der Institutionen der westlichen Demokratie samt ihrer weltanschaulichen Rechtfertigungen und Ideale erleichtert zu Beginn der Konsolidierungsphase die Konsensfindung und den Aufbau von Legitimität. Wegen des Überganges zur Marktwirtschaft sind grosse Teile der Bevölkerung mit ökonomischen Problemen konfrontiert. Deshalb müssen kurz-

³⁸ Auch in den westlichen Ländern entstehen Widersprüche zwischen diesen drei Subsystemen, doch die Wahl eines liberalen Verfassungsrahmens („constitutional choice“) stellt sicher, dass sich die Konflikte nicht auf die Grundlagen des Systems, sondern auf die „Tagespolitik“ beziehen [vgl. Brennan/Buchanan (1985), S. 1-66]. In diesem Kontext existieren Konfliktlösungsmechanismen, die das Funktionieren des Gesamtsystems sicherstellen.

³⁹ Für eine neuere Studie, die die Bedeutung der institutionellen Arrangements für die demokratische Konsolidierung anhand der Beispiele der BRD, Italiens und Spaniens darstellt, vgl. Liebert (1995). Einen allgemeinen Überblick bietet Merkel (1996).

⁴⁰ Ágh (1995), S. 15.

⁴¹ Laut übereinstimmenden Meinungsumfragen befürwortet eine überwältigende Mehrheit der Einwohner Osteuropas die EU-Integration. Obwohl sich mittlerweile eine gewisse Ernüchterung über die Funktionsweise des neuen Systems breit gemacht hat, wünscht nur eine Minderheit die Rückkehr zum autoritären System. [Vgl. dazu von Beyme (1994), S. 340ff.]

und mittelfristig die Betonung der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und des Patriotismus die Defizite des wohlfahrtsstaatlichen Legitimationsfaktors ausgleichen. Durch den „Verfassungsimport“ können Konflikte auf die „Tagespolitik“ (im Sinne von Brennan und Buchanan) beschränkt werden, ohne die Systemgrundlagen zu bedrohen. Langfristig führen die marktwirtschaftlichen Reformen zu einer Steigerung des Wirtschaftspotentials, so dass eine ausgewogenere Mischung der Legitimationsgrundlagen zustandekommen kann, bei der auch die wohlfahrtsstaatlichen Aspekte gebührende Beachtung finden.

Die Theorien des Systemwechsels sollten aufzeigen, welche Outputs ein demokratisches Regime erbringen muss, damit es die Unterstützung eines grossen Teils der Bevölkerung und der Elite gewinnen kann. Im Falle der osteuropäischen Demokratisierung sind auch die Schwierigkeiten bei der Einführung der Marktwirtschaft zu problematisieren. Darüber hinaus müssen auch die Fragen des adäquaten institutionellen Designs gestellt werden.⁴² In der älteren Transitionsforschung wurden konkrete Kriterien genannt, wie etwa 20jährige ununterbrochene demokratische Machtausübung, anhand derer die Konsolidierung festgestellt werden konnte.⁴³ In neueren Ansätzen finden flexiblere Minimalbedingungen Verwendung, die allerdings keine exakte Beantwortung der Ausgangsfrage ermöglichen: „Es bleibt daher bei der vagen Bestimmung, dass eine Demokratie konsolidiert erscheint, wenn alle relevanten Gruppen die *Spielregeln akzeptieren*.“⁴⁴ Mit anderen Worten, muss sich die Erkenntnis durchsetzen:

They [elites and publics] were learning that democracy rests on the premise that governments will fail and that hence institutionalized ways have to exist for changing them. Democracy does not mean that problems will be solved; it does mean that rulers can be removed; and the essence of democratic behavior is doing the latter because it is impossible to do the former. Disillusionment and the lowered expectations it produces are the foundation of democratic stability. Democracies become consolidated when people learn that democracy is a solution to the problem of tyranny, but not necessarily to anything else.⁴⁵

⁴² Innerhalb der Transitionsforschung findet zur Zeit eine Debatte statt, ob parlamentarische oder präsidentielle Systeme besser geeignet seien zur Lösung der Probleme, die bei der demokratischen Konsolidierung auftreten. Anstatt Vieler vgl. Linz (1990), Lijphart (1991) und Merkel (1994c).

⁴³ Vgl. von Beyme (1994), S. 99.

⁴⁴ Ibid. [Hervorhebung im Original.]

⁴⁵ Huntington (1991), S. 262f.

Wann diese Anforderung erfüllt ist, lässt sich nicht schematisch feststellen, sondern muss für jeden Einzelfall anhand des komplexen Zusammenspiels unterschiedlicher Faktoren ermittelt werden. Dabei finden insbesondere Systemansätze Verwendung, welche durch Ansätze der politischen Kulturforschung ergänzt werden. Die Konsolidierung eines demokratischen Regimes lässt sich nicht mit gleicher Präzision feststellen wie die Krise eines autoritären, auch sind die Übergänge zur Transition verwischt. Hier stossen die Theorien des Systemwechsel an ihre Grenzen. Aber in Kombination mit elitetheoretischen Überlegungen etwa können Indikatoren konstruiert werden, die die Beantwortung der Frage erlauben, ob die Grundbedingungen der Konsolidierung (allgemeine Akzeptanz der Spielregeln) erfüllt sind.

Im vorhergehenden habe ich die spezifischen Fragestellungen, welche mit den drei Phasen eines Systemwechsels verbunden sind sowie die gängigsten Antwortmuster skizziert und daraus die Anforderungen an die Theorien des Systemwechsels abgeleitet. Im folgenden Abschnitt werde ich diese Grundbestandteile zu zwei möglichen Theorieansätzen zusammenfügen.

3 Metatheorien des Systemwechsels

In der Politikwissenschaft lassen sich grundsätzlich Akteurs- und Systemansätze unterscheiden.⁴⁶ Diese stehen auf einer hohen Abstraktionsstufe und bilden den metatheoretischen Hintergrund für die konkreteren Theorien der Systemwechselforschung. Ich werde im folgenden zunächst die Grundlagen dieser beiden Ansätze vorstellen und danach ihre Argumentationsmuster zur Erklärung von Systemwechseln aufzeigen.

3.1 Systemtheoretische Ansätze

Die modernen systemtheoretischen Ansätze gehen von einem *gegenständlichen* Systembegriff aus.⁴⁷ Sie suchen nach Ordnung(en) in den komplexen Phänomenen, welche die „Realität“

⁴⁶ Es besteht auch die Möglichkeit, strukturelle Ansätze als separate Theorierichtungen aufzuführen [vgl. Merkel (1994b), S. 305]. Bei einer dynamischen Betrachtungsweise gleichen sich - meines Erachtens - die strukturellen den Systemansätzen an. Diese Unterscheidung würde also zu keinem zusätzlichen Erkenntnisgewinn führen, deshalb verzichte ich auf sie.

⁴⁷ Der gegenständliche Systembegriff bezieht sich auf „etwas in der Welt vorfindliches“ [Seiffert (1992), Bd. III, S. 95]. Daneben kann ein System auch eine „Zuordnung von Begriffen, von Sätzen, von menschlichen Wissen über Gegenstände sein [ibid.], sich also auf *Aussagen* beziehen. Es werden drei Strömungen der Sys-

konstituieren. Dabei problematisieren sie das Verhältnis vom Ganzen zu seinen Teilen: „Ein System erscheint aus dieser Sicht als ein Ganzes, das aus dem Zusammenwirken mehrerer Teile entstanden ist, und das mehr bedeutet als die bloße Anhäufung dieser Teile.“⁴⁸ Dabei sind sowohl das Gesamtsystem als auch seine Teile bestrebt, vier Zielsetzungen zu erreichen: Anpassung an die Systemumwelt, Zielerreichung, Integration und Strukturerhaltung.⁴⁹ Bei der Verwendung von „Systemen“ als wissenschaftliche Arbeitsinstrumente lassen sich drei Konzeptionen unterscheiden:⁵⁰

- Beim *funktionalen Konzept* verhält sich das System als „black box“, das Reize aus der Umwelt (Inputs) aufnimmt und auf diese reagiert (Outputs). Bei dieser Konzeption wird vom inneren Aufbau des Systems abstrahiert, es interessiert nur sein Verhalten als Ganzes in seiner Umgebung. „Der funktionale Systemaspekt behandelt nicht Dinge, sondern Verhaltensweisen.“⁵¹
- Das *strukturelle Konzept* betrachtet ein System als eine Ganzheit von miteinander verknüpften Elementen. Die Beziehungen der Einzelteile untereinander (Relationen) und nicht die Elemente allein bestimmen den Charakter des Ganzen und verleihen diesem eine neue Qualität.
- Das *hierarchische Konzept* geht von der Tatsache aus, dass die Elemente eines Systems selbst als Systeme und das Ausgangssystem als Element eines umfassenderen Ganzen angesehen werden können. „Es gibt also mehrere Stufen von Ganzheiten und Teilen, wobei die Ganzheit ein Teil der nächsthöheren Stufe, der Teil indessen eine Ganzheit der nächstniedereren Stufe ist ...“⁵² Dadurch wird die Analyse auf verschiedenen Ebenen einer Systemhierarchie (Supersystem, System, Subsystem) möglich.

temtheorie unterschieden: Die *Allgemeine Systemtheorie*, die *Kybernetik* und die *strukturell-funktionale Theorie* [ibid., S. 125]. Für die Sozialwissenschaften ist vor allem die letztere von Bedeutung, da sie sich per definitionem mit der Erklärung gesellschaftlicher Phänomene befasst.

⁴⁸ Seiffert (1992), Bd. III, S. 124.

⁴⁹ Man spricht auch vom AGIL-Schema. Dieser Begriff ist ein Akronym, welches aus den entsprechenden englischen Wörtern gebildet wird: *Adaptation*, *Goal-attainment*, *Integration* und *Latent pattern-maintenance*.

⁵⁰ Seiffert (1992), Bd. III, S. 128ff.; wie Ropohl richtig feststellt, darf eine einzelne dieser Systemkonzeptionen nicht verabsolutiert werden, der Begriff muss alle drei Aspekte umfassen. [Ropohl (1978), S. 14.]

⁵¹ Ropohl (1978), S. 16.

⁵² Ibid., S. 18.

In der sozialwissenschaftlichen Forschung richtet sich das Hauptaugenmerk auf die Frage, wie Systeme ihre Stabilität beziehungsweise ihre Existenz aufrecht erhalten können.⁵³ Die älteren Systemtheorien gehen von der - zumindest zeitweiligen - Stabilität der Strukturen aus, was impliziert, dass sich das System in einem kontrollierbaren Gleichgewichtszustand befindet. Die Anpassung an die sich ständig wandelnde Umwelt erfolgt anhand eines einfachen kybernetischen Steuerungsmechanismus': Äussere Reize (Inputs) werden systemintern in strukturell-funktionalen Kanälen⁵⁴ verarbeitet, die aufgrund von wiederholbaren Funktionen operieren. Das System misst dabei die Differenz des Inputs zum Sollwert und reagiert mit Korrekturmassnahmen (Output). Dieser Prozess wird solange wiederholt, bis das Gleichgewicht wieder hergestellt ist (Rückkoppelung). Bei dieser Art von Reizverarbeitung werden nur solche Vorgänge wahrgenommen, die den im vornherein definierten Strukturen entsprechen (kognitiver Filter). Deshalb sind alle anderen Vorgänge (die ausserhalb der Strukturen liegen) nicht erkennbar. Den älteren Systemtheorien liegt eine *statische Gleichgewichtskonzeption* zu Grunde, welche strukturelle Veränderungen vernachlässigt. Die Funktionen eines solchen Systems beschränken sich im Grunde genommen auf die Strukturhaltung. Eine solche reduktionistische Sichtweise hat gravierende Folgen: „So gesehen sind [die älteren] Systemtheorien zwar geeignet, den momentanen Zustand eines Systems in seinem strukturellen Gefüge, nicht aber seine dynamischen Entwicklungsmöglichkeiten festzuhalten.“⁵⁵

Die neueren Systemtheorien gehen von einem dynamischen Systembild aus, dabei wird Stabilität als *Fliessgleichgewicht* (Homöostase) definiert. Dieser Konzeption liegt die Annahme zu Grunde, dass ein System ständigen Reizen ausgesetzt ist, die endogen oder exogen, funktional oder dysfunktional sein können. Um sein Überleben zu gewährleisten, muss es ständig auf diese Inputs reagieren: Funktionale (oder genauer: eufunktionale) Reize werden absorbiert und innerhalb der gegebenen Systemidentität verarbeitet. „Dysfunktionale Anreize zwingen zu einer Systemreaktion im Sinne einer *Reizabwehr* oder einer *Anpassung* des Systems an die strukturellen und funktionellen Erfordernisse zur Neutralisierung und *Absorption* eines Rei-

⁵³ Im folgenden stütze ich mich auf Sandschneider (1994), S. 26ff.

⁵⁴ Die Teil- oder Subsysteme eines Gesamtsystems spezialisieren sich im Verlauf der Zeit auf eine einzelne (oder ein Set von) Funktion(en), was zu Effizienzgewinnen führt. Dieser Prozess wird als *funktionale Ausdifferenzierung* bezeichnet.

⁵⁵ Sandschneider (1994), S. 27.

zes.“⁵⁶ Die Systemerhaltung beruht also nicht auf Strukturhaltung, sondern auf der gleichzeitigen Weiterentwicklung der Teilsysteme (Koevolution) unter Bewahrung der Systemidentität. Diese Problematik wird von der *autopoietischen Systemtheorie*⁵⁷ thematisiert:

Autopoietische Systeme erzeugen durch ihr Operieren fortwährend ihre eigene zirkuläre Organisation, die als grundlegende Grösse konstant gehalten wird. Diese Organisation kann beschrieben werden als Netzwerk zur Produktion ihrer eigenen Bestandteile. Aufgrund dieser zirkulären Organisation sind lebende Symptome selbstreferentielle und bezüglich ihrer Organisation homöostatische Systeme, die ihrer Umwelt gegenüber autonom sind. Die Zirkularität der Organisation macht ein lebendes System zu einer inferentiell arbeitenden Interaktionseinheit mit einem kognitiven Bereich.⁵⁸

Etwas einfacher formuliert, lässt sich sagen, dass autopoietische Systeme sich selbst und ihre Umwelt ständig beobachten und aufgrund der ermittelten Daten reagieren. Dabei nehmen sie nur solche Reize wahr, die ihrer eigenen Kodierung⁵⁹ entsprechen (das Wirtschaftssystem zum Beispiel reagiert nur auf ökonomische Inputs). Autopoietische Systeme sind in organisatorischer Hinsicht geschlossen, also autonom gegenüber ihrer Umwelt, denn nur auf diese Art und Weise können sie ihre Identität bewahren. Doch durch die ständige Rückkoppelung mit der Umwelt erhalten sie die Informationen, welche für ihre Selbstorganisation und -erneuerung notwendig sind. Bei autopoietischen Systemen handelt es sich - in der Terminologie der Sozialwissenschaften - um *vollständig funktional ausdifferenzierte Systeme*.

Auch soziale Systeme lassen sich autopoietisch beschreiben: Sie grenzen sich von ihrer Umwelt ab und schaffen interne Kommunikations- und Handlungsstrukturen. Gleichzeitig beobachten, registrieren, bewerten und selektieren sie die Veränderungen in ihrer Umwelt und schliesslich reagieren sie auf diese.⁶⁰ Die Voraussetzung für die Erhaltung der Systemstabilität

⁵⁶ Ibid., S. 30 [Hervorhebung im Original.]

⁵⁷ „Autopoiese“ bedeutet Selbsterschaffung. Dieses Konzept wurde von den Biologen Humberto R. Maturana und Francisco J. Varela entwickelt. [Ein kurzer Überblick über die Grundbegriffe und -konzepte dieser Theorierichtung findet sich in Varela (1991), S. 119-132.] Niklas Luhmann integrierte 1984 das autopoietische Denken in die Sozialwissenschaften, wo es sich als fruchtbares Arbeitsinstrument erwiesen hat [vgl. dazu von Beyme (1991), S.235ff.].

⁵⁸ Schmidt (1991), S. 22f.

⁵⁹ Ein System nimmt nur gewisse Reize aus der Umwelt wahr (Filterfunktion). Dadurch wird die Menge an Inputs selektiert und die Komplexität auf ein bearbeitbares Mass reduziert. Doch birgt diese Funktionsweise die Gefahr von Fehlbeobachtungen und falschen Einschätzungen der Umweltreize.

⁶⁰ Sandschneider (1994), S. 31.

ist somit die Problemlösungskapazität, also die Fähigkeit, „auf dysfunktionale Anreize mit Strukturveränderungen und Funktionsanpassungen zu reagieren, die es erlauben, Destabilisierung präventiv zu verhindern, dysfunktionale Anreize zu kompensieren, zu absorbieren und ... zu integrieren“⁶¹. Die empirische Analyse des seit 1974 anhaltenden globalen Demokratisierungstrends führte zu folgender Erkenntnis: „Zumindest in ihrer Resistenz gegen Systemwechsel scheinen Diktaturen ... tendenziell instabiler zu sein als Demokratien.“⁶² Unter der Annahme der Existenz systemübergreifender Stabilitätsanforderungen und der globalen Systemkonkurrenz (Evolution/Verdrängungswettbewerb) lassen sich typenspezifische Merkmale von Demokratien und Diktaturen unterscheiden. Diese Differenzen bilden den Schlüssel zur Erklärung von Systemwechseln, und aus ihnen lassen sich die Erfolgsbedingungen von demokratischen Konsolidierungen ableiten: Aus systemtheoretischer Sicht ist der Demokratisierungsprozess eine Funktion des sozio-ökonomischen Wandels (Modernisierung).⁶³ Dabei entstehen *entwicklungsbedingte Demokratisierungszwänge*, die durch die autoritäre Herrschaftsausübung blockiert werden und so zu *diktatorspezifischen Strukturdefekten* führen. Ich werde diese Argumentation im folgenden näher erläutern:⁶⁴

- *Entwicklungsbedingte Demokratisierungszwänge*: Durch die Modernisierung wird einerseits die funktionale Ausdifferenzierung erhöht, um die Vorteile der Arbeitsteilung voll zu verwirklichen, andererseits steigt die Komplexität in den betroffenen Gesellschaften. Die Regierungen erhalten dank des gesamtgesellschaftlichen Effizienzgewinns Zugriff zu Ressourcen, die sie in die Lage versetzen, soziale Beziehungen staatlich zu regulieren. Im Zuge dieser Entwicklungen beginnen sich aber auch immer mehr gesellschaftliche Interessen zu artikulieren, deshalb steigt die Nachfrage nach staatlicher Regulierung. „Mit zunehmender Modernität gerät die Politik daher immer stärker in das Spannungsfeld zwischen staatlichen Entscheidungen und gesellschaftlichen Interessen.“⁶⁵ Es stellt sich also ein *Koordinations*

⁶¹ Ibid., S. 34.

⁶² Welzel (1994), S. 48.

⁶³ Dieser Gedankengang ist paradigmatisch für die *Modernisierungstheorie* [vgl. Huntington (1993), S. 31-108], welche die Hauptrichtung der systemtheoretischen Systemwechseltheorien darstellt. Nach ihrem Verständnis ist Modernisierung ein zwangsläufiger Prozess, der früher oder später in allen Gesellschaften ablaufen wird (Determinismus). Von ihren Gegnern (insbesondere den Dependenztheoretikern) wird dagegen argumentiert, dass dieser Theorieansatz ethnozentrisch sei, weil er solche - westliche - Entwicklungsmuster verallgemeinere, die historische Ausnahmen darstellten.

⁶⁴ Im folgenden stütze ich mich auf Welzel (1994), S. 63ff.

⁶⁵ Ibid., S. 63.

tions- und Vermittlungsproblem zwischen der Staatsaktivität und den unterschiedlichen Interessen der Gesellschaft. Es müssen Institutionen gefunden werden, die die *Responsivität* (also die Rücksichtnahme auf Interessen) der Politik sicherstellen, um gesellschaftliche Unterstützung (Legitimität) für das Gesamtsystem zu generieren. Es ist deshalb notwendig, dass sich die gesellschaftlichen Interessen authentisch formieren können, was wiederum einen rechtsstaatlichen Rahmen bedingt. Auf diese Weise kann ein pluralistisches Gefüge von Organisationen wie Parteien, Verbänden, Bewegungen etc. entstehen. Die Autonomie der Subsysteme allein garantiert aber die Responsivität noch nicht. Dazu müssen die gesellschaftlichen Interessen verbindlich an die staatlichen Entscheidungsträger vermittelt werden. Die unterschiedlichen Organisationen sollten in den staatlichen Entscheidungsgremien repräsentiert sein und Sanktionsmöglichkeiten besitzen für den Fall, dass die politische Elite die Mehrheitsinteressen der Gesellschaft missachtet: Diese beiden Anforderungen werden nur von regelmässig durchgeführten Konkurrenzahlen zur Besetzung der staatlichen Entscheidungspositionen, also der *Demokratie*, erfüllt. Diese Argumentationskette lässt sich treffend mit den Worten von Christian Welzel zusammenfassen: „Sozio-ökonomische Entwicklungsprozesse erzeugen ein institutionelles Vermittlungsproblem, aus dem wiederum politische Funktionsnotwendigkeiten resultieren, die mit strukturellen Demokratisierungszwängen gleichzusetzen sind.“⁶⁶

- *Diktaturtypische Strukturdefekte*: In Diktaturen ist das Herrschaftsgefüge monopolistisch. Dabei dominiert das politische Subsystem die anderen Bereiche der Gesellschaft, ist zugleich aber vor deren Einflussnahme abgeschottet. „Dadurch wird ein funktionales Ungleichgewicht zwischen blockiertem gesellschaftlichen Input und ungehindertem staatlichen Output zementiert.“⁶⁷ Die Vermittlung von Politik ist ein einseitiger Prozess von oben nach unten, deshalb werden die Mehrheitsinteressen nur ungenügend berücksichtigt. Die Responsivität des Systems ist gering, was zu Legitimierungsproblemen führt. Trotz der Zentralisierung der Kontrollressourcen findet eine gewisse funktionale Ausdifferenzierung der Teilsysteme statt. Dadurch gewinnen diese an Autonomie. Sie gehorchen inoffiziell zunehmend ihren eigenen Codes (Autopoiese) und geraten deshalb in Widerspruch zur Politik. Weil - laut der autopoietischen Systemtheorie - kein Teilsystem ein anderes ersetzen kann, kommt es zu Umsetzungs- und Reibungsverlusten, so dass die Steuerungsfähigkeit

⁶⁶ Ibid., S. 64.

⁶⁷ Ibid. S. 65.

des Gesamtsystems abnimmt. Wegen der einseitigen politischen Fixierung nehmen autoritäre Regime solche Reize als Bedrohung für die Aufrechterhaltung der Herrschaft wahr (Strukturerhaltung). Reformen, die der Effizienzsteigerung dienen sollten, sind zum Scheitern verurteilt, weil sie die Dominanz der Politik und damit auch die Machtstellung der herrschenden Elite gefährden. Diktaturen sind ab einem gewissen Punkt strukturell reformunfähig. Sie müssen deshalb, da sie in letzter Konsequenz ihre Entscheidungen gegen ihr gesellschaftliches Umfeld durchsetzen, zu Gewalt anstelle von Zustimmung greifen. Eine weitere Folge der - wenn auch behinderten - funktionalen Ausdifferenzierung ist das Entstehen von Funktionseleiten. Diese sind für das Funktionieren des Systems unersetzlich, sie erlangen dadurch eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung. Weil aber in Diktaturen die Führungsrekrutierung typischerweise anhand politischer und nicht anhand leistungsabhängiger Kriterien erfolgt, werden die Mitglieder der Funktionseleiten von der Entscheidungsgewalt ausgeschlossen. Sie geraten in eine Statusinkonsistenz (zentrale gesellschaftliche Stellung - marginale politische Repräsentanz). Daraus resultieren bei den Funktionseleiten „nahezu zwangsläufig anti-diktatorische und pro-demokratische Systempräferenzen“.⁶⁸ Abschliessend lässt sich festhalten: Diktaturen besitzen einerseits eine Entwicklungssperre⁶⁹, da sie wegen des Primats der Politik die funktionale Ausdifferenzierung be- bzw. verhindern, und andererseits entfremden sie gerade jene gesellschaftliche Klassen (Funktionseleiten), deren Unterstützung für das System überlebenswichtig wäre.

Aus der Sicht der Systemtheorien befinden sich autoritäre Regime aufgrund ihrer inneren Widersprüche in einer Modernisierungsfalle. Gelingt ihnen die Modernisierung nicht, dann geraten sie im Wettbewerb der Systeme ins Hintertreffen, weil sie ineffizienter sind als ihre Gegenspieler. Dabei spielt die Tatsache eine grosse Rolle, dass Diktaturen aufgrund der Dominanz der Politik zum einen die funktionale Ausdifferenzierung der sozialen Teilsysteme behindern und zum anderen gesellschaftliche Interessen nicht in ausreichendem Masse wahrnehmen können (mangelnde Responsivität). Es besteht ein Legitimierungs- und ein Effizienzproblem. Ist hingegen die Modernisierung erfolgreich, werden die funktionale Ausdifferenzie-

⁶⁸ Ibid. S. 67.

⁶⁹ Die empirische Systemwechselforschung hat festgestellt, dass Demokratien in der Gruppe der entwickelten Industrieländer und neuerdings auch in der Gruppe der Schwellenländer überrepräsentiert sind. Diktaturen werden zunehmend aus diesem Bereich verdrängt, was auf eine Entwicklungsblockade hindeutet. [Welzel (1994), S. 62.]

rung und die Artikulation verschiedenster gesellschaftlicher Interessen gefördert. Ausserdem entwickeln sich in diesem Falle die Funktionselemente zu Konkurrenten der Machthaber. Beide Tendenzen bedrohen das autoritäre Regime und begünstigen Entwicklungen Richtung Demokratie. Graphisch lassen sich die Grundaussagen systemtheoretischer Ansätze wie folgt darstellen (vgl. Abbildung 1):

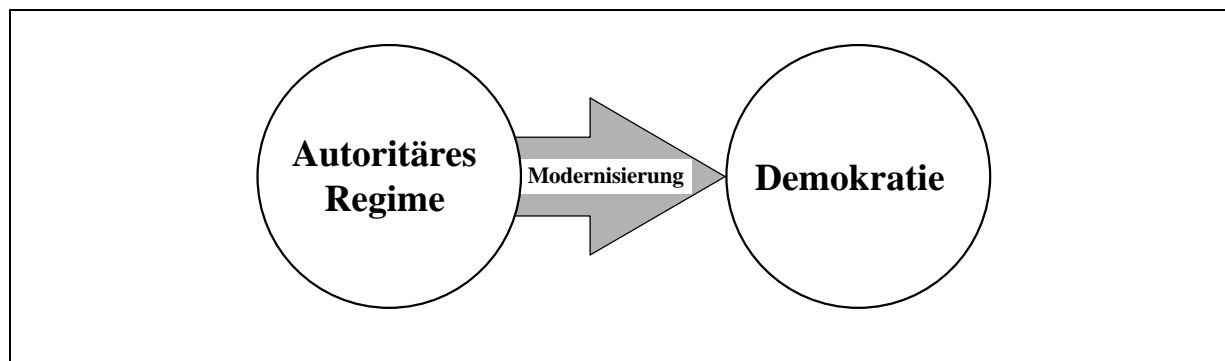


Abbildung 1: Grundaussagen systemtheoretischer Ansätze (Makroebene)

Systemtheoretische Ansätze können die Gründe für den Zusammenbruch von autoritären Regimen überzeugend erklären. Durch die Untersuchung der typenspezifischen Merkmale von Demokratien sind sie in der Lage, die (Funktions-)Bedingungen für die Konsolidierung zu erarbeiten.⁷⁰ Hingegen lassen sich konkrete Transitionen systemtheoretisch nur unzulänglich nachvollziehen.

3.2 Akteursansätze

Im Gegensatz zu den System- sind die Akteursansätze nicht holistisch angelegt (das Ganze ist nicht mehr als die Summe der Teile), sondern sie versuchen, politisches Handeln auf *rationales Individualverhalten* (methodischer Individualismus) zurückzuführen. Dabei verstehen sie „Rationalität“ als *Nutzenmaximierung*. Damit Individuen sich in diesem Sinne rational verhalten können, müssen sie über ein komplett geordnetes Set von Präferenzen (Nutzenstruktur)

⁷⁰ Demokratie ist aus systemtheoretischer Sicht eine Folge der sozio-ökonomischen Entwicklung (Modernisierung). Deshalb gelten für die Konsolidierung die gleichen Kriterien, wie ich sie im Unterabschnitt „Entwicklungsbedingte Demokratisierungszwänge“ (vgl. S. 22) ausgeführt habe: Funktionale Ausdifferenzierung, Schaffung von Institutionen zur Vermittlung zwischen der Sphäre des Staates und den gesellschaftlichen Interessen sowie die Erhöhung der Responsivität des Systems.

und eine vollständige Informationsbasis verfügen sowie in der Lage sein, diese perfekt (ohne Fehler, Zeitverzögerung etc.) zu verarbeiten.⁷¹ Ein Problem dieses Ansatzes besteht in der Tatsache, dass die Präferenzen exogen gegeben sind. Sie sind also abhängig von der jeweiligen individuellen Nutzenstruktur, deshalb können mittels Nutzenmaximierung völlig entgegengesetzte Verhaltensmuster („Heilige“ - „Sünder“) erklärt werden. Damit dieses Konzept nicht zur Leerformel verkommt, also ad absurdum geführt wird, müssen die Akteure zu Klassen mit ähnlicher Nutzenstruktur (Rollen) zusammengefasst werden. Sind diese Rollen bekannt, lassen sich - strategische - Entscheidungssituationen modellieren. Folgendes Beispiel möge zur Illustration dienen: Politiker versuchen ihre Macht (Nutzen) zu maximieren, dabei setzen sie solche Ressourcen wie Geld, Kompetenz, Prestige und Beziehungen ein (vgl. Abbildung 2)

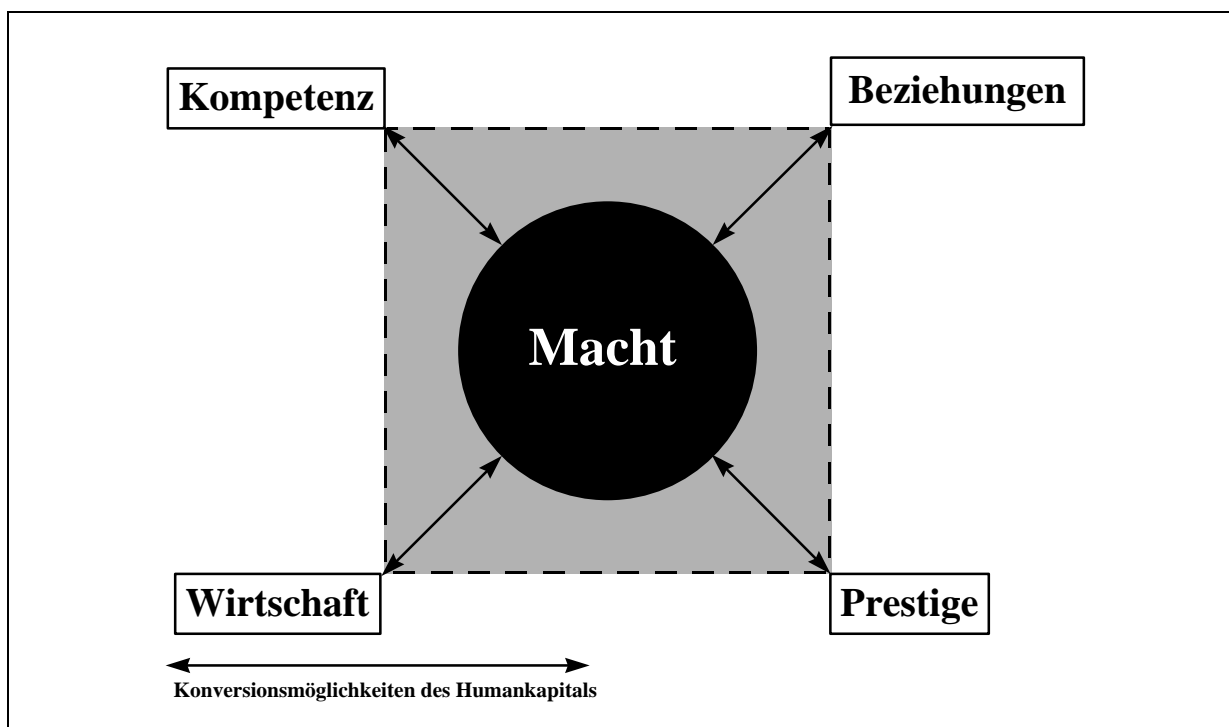


Abbildung 2: Grundannahmen der Akteursansätze (Mikroebene)

Die Erforschung von Demokratisierungsprozessen aus akteurstheoretischer Sicht geht von der Grundannahme aus, dass Demokratien nicht das zwangsläufige Produkt gewisser sozio-ökonomischer Entwicklungen sind, sondern „von politischen Akteuren im wahrsten Sinne des

⁷¹ Vgl. dazu Hollis (1994), S. 116.

Wortes hergestellt oder gemacht werden“⁷². Deshalb richtet sich das Erkenntnisinteresse auf das strategische Handeln der beteiligten Akteure - ohne jedoch den Einfluss struktureller Faktoren vollständig zu negieren: „Objective factors constitute at most *constraints* to that which is possible under a concrete historical situation but *do not determine* the outcome of such situations.“⁷³ Es gibt zwei Hauptrichtungen in der akteurstheoretischen Systemwechselforschung. Die erste geht auf O’Donnell und Schmitter zurück.⁷⁴ Die Vertreter dieses Ansatzes wollen aus der vergleichenden Untersuchung verschiedener Systemwechsel zu allgemeinen Aussagen über die an diesen Prozessen beteiligten Akteure, typische Verlaufsmuster und Probleme gelangen. Dieser Theorietyp ist also „eher deskriptiv, von mittlerer Reichweite und probabilistisch - auf Wahrscheinlichkeit orientiert“⁷⁵:

Our argument is not based on deductive principles of rational choice or historical inertia, but on inductive observation from a limited range of recent experiences in Europe and Latin America and their tentative extension to the even more recent experiences of Eastern Europe.⁷⁶

Die zweite Forschungsrichtung steht in der Tradition des *Rational choice*. Das am besten ausgearbeitete Konzept stammt von Adam Przeworski.⁷⁷ Ausgehend von einer angenommenen Nutzenstruktur der Akteure untersucht er die Bedingungen, unter denen rationale Entscheidungen zur Demokratisierung führen (Deduktion!).

Im folgenden werde ich die Hauptaussagen der akteurstheoretischen Ansätze zu den einzelnen Phasen einer Demokratisierung, Liberalisierung, Transition und Konsolidierung darstellen.⁷⁸

- *Liberalisierung*: Die Liberalisierung beginnt mit einer Spaltung innerhalb der herrschenden Elite (Hardliner/Konservative - Softliner/Reformer). Meistens sind wirtschaftliche Probleme oder aussenpolitische Krisen die Auslöser für solche Konflikte in der Machtelite. Aber auch anhaltender ökonomischer Erfolg kann dazu führen, dass gewisse Kreise dem Regime

⁷² Bos (1994), S. 82.

⁷³ Przeworski (1986), S. 48. [Hervorhebung durch den Verf.]

⁷⁴ Vgl. O’Donnell/Schmitter/Whitehead (1986), Band IV.

⁷⁵ Nohlen (1988), S. 5.

⁷⁶ Karl/Schmitter (1991), S. 270.

⁷⁷ Przeworski (1986) und (1991).

⁷⁸ Ich stütze mich, sofern nicht anders vermerkt, auf Bos (1994), S. 85ff.

eine breitere Legitimationsbasis verschaffen wollen. Ihr Zweck ist auf jeden Fall die Stabilisierung der Herrschaft. Die Einleitung der Liberalisierung wird anhand entscheidungstheoretischer Ansätze modelliert. Dabei stehen die Eliten vor dem Problem, politische Opposition zu tolerieren oder zu unterdrücken. Ausschlaggebend für die Beantwortung dieser Frage ist der Nutzen, der den beiden Optionen zugemessen wird. Die Eliten entscheiden sich für die Liberalisierung, wenn es der Opposition gelingt, sie zu überzeugen, dass im Falle der Repression ein Aufstand gegen das System stattfindet, aber bei einer allfälligen Tolerierung die Grenzen des Legalen nicht überschritten werden. Die Erfahrung lehrt aber, dass die Liberalisierung zum Scheitern verurteilt ist, weil sich nach ihrer Einleitung ein eigen-dynamischer Prozess entwickelt, der die Systemgrenzen transzendiert. Aus diesem Grunde kommt Przeworski zum Schluss, dass keine *rationale* Entscheidung zur Einleitung der Liberalisierung möglich sei und eine solche also auf ein Missverständnis zurückgehe, das auf Fehlperzeptionen der Akteure beruhe.⁷⁹ Das Resultat der Liberalisierung ist entweder die Verstärkung der Repression oder die Einleitung der Demokratisierung. In jedem Fall wird das ursprüngliche Ziel - die Systemstabilisierung - verfehlt.

- *Transition*: Die Transition umfasst grundsätzlich zwei Komponenten: Den Abbau des autoritären Systems und den Aufbau des demokratischen. Im Verlauf dieses Prozesses treten unterschiedliche Konfliktstrukturen zutage. Bei der Demontage des autoritären Regimes ist es vorteilhaft, wenn die Oppositionskräfte (Gemässigte - Radikale) geeint sind, doch für das Funktionieren der Demokratie ist Wettbewerb der verschiedenen Gruppen notwendig. „Der Kampf für die Demokratie muss also immer an zwei Fronten geführt werden, einerseits gegen das autoritäre Regime und andererseits gegen die Verbündeten um den besten Platz im neuen demokratischen System.“⁸⁰ Die Reformer und die Gemässigten sind die Hauptakteure in diesem Prozess, Hardliner und Radikale wirken hingegen eher als „Quasi-Akteure“⁸¹, „ihr Repressions- und Drohpotential macht die Positionen der Reformer einerseits glaubhaft, gefährdet diese aber auch“⁸². Die Ausgangslage einer Transition lässt sich als strategische Situation modellieren. Reformer und Gemässigte haben unterschiedliche Optionen. Entscheidend sind in solchen Momenten die Präferenzen der Akteure bezüglich

⁷⁹ Przeworski zit. in Bos (1994), S. 93.

⁸⁰ Bos (1994), S. 94f.

⁸¹ Diese Bezeichnung stammt von Rüb zit. in Bos (1994), S. 96.

⁸² Bos (1994), S. 96.

des zu errichtenden neuen Systems und ihre Allianzmöglichkeiten. Als erstes müssen die demokratischen Kräfte das *autoritäre Regime verdrängen*. Das kann - wie die Transitionsforschung erwiesen hat - nur gelingen, wenn es zwischen den Reformern des Regimes und den gemässigten Kräften der Opposition zu einer Kooperation kommt. Sie müssen sich über gewisse grundlegende Regeln des Übergangs verständigen. Dies wird häufig durch sogenannte *Pakte* zum Ausdruck gebracht, welche eine explizite, aber nicht immer öffentliche Übereinkunft darstellen. Dabei versuchen die Akteure, die Regeln der Machtausübung zu (re-)definieren, um ihre wichtigsten Interessen („vital interests“) zu schützen.⁸³ Damit solche Vereinbarungen zustandekommen, müssen einerseits die Softliner die Hardliner im Regierungslager neutralisieren und die gemässigten Oppositionellen die Radikalen kontrollieren können. Aus der politischen Entwicklung können folgende Situationen resultieren: Überleben des autoritären Regimes, ein reformiertes autoritäres System, eine eingeschränkte Demokratie mit Garantien für die herrschende Elite und schliesslich die volle Verwirklichung demokratischer Prinzipien. Die Demontage des alten Systems kann nur gelingen, wenn einerseits die gemässigten Oppositionellen bereit sind, eine eingeschränkte Demokratie (mit Garantien für die alte Elite) zu akzeptieren, und es ihnen gelingt, sich gegen die Radikalen durchzusetzen, die eine volle Demokratisierung befürworten. Andererseits ist es notwendig, dass die Reformer die konservativen Kräfte und die Machtmittel kontrollieren. „Wenn sich bei dieser Interessenlage Reformer und Gemässigte verbünden, ist die Ablösung des autoritären Regimes denkbar.“⁸⁴ Diese Art der Kooperation unterliegt aber grosser Unsicherheit, denn die Einführung demokratischer Spielregeln entfaltet eine starke Eigendynamik, welche die zuvor ausgehandelten Kompromisslösungen gefährden kann. Neben dem Abbau des alten ist die *Institutionalisierung des neuen, demokratischen Systems* zu bewältigen. Damit die Transition erfolgreich abgeschlossen werden kann, müssen sich die Akteure auf die Durchführung von freien Wahlen einigen, so dass eine demokratisch legitimierte Regierung eingesetzt werden kann. Bei den Verhandlungen über den Aufbau des neuen Institutionensystems und der Verfahren stehen die Akteure vor dem Dilemma, einerseits dauerhafte, „gerechte“ Regelungen zu finden, andererseits sich eine günstige Ausgangslage für den demokratischen Wettbewerb zu verschaffen. Sie sind „Richter“ und „Gesetzgeber“ zugleich. Die konkreten Entscheidungen sind vom Einfluss

⁸³ O'Donnell/Schmitter (1986), S. 37.

⁸⁴ Bos (1994), S. 96.

der verschiedenen Gruppen abhängig. „Am günstigsten erscheint eine Situation, in der die Kräfteverhältnisse unbekannt sind, und sich die Akteure deshalb auf Verfahren einigen, die allen möglichst die gleichen Partizipationschancen bieten.“⁸⁵ Andernfalls besteht die Gefahr, dass die momentane Dominanz zur Festschreibung von Vorteilen (Privilegien) genutzt werden kann. Die Transition ist mit der Durchführung der Wahlen abgeschlossen.

- *Konsolidierung*: Wie schon gezeigt, lassen sich die Kriterien für den Erfolg der Konsolidierung nur schwer benennen. Häufig sehen sich die jungen Demokratien mit dem autoritären Erbe wie Wirtschaftskrise, autoritäre politische Kultur etc., konfrontiert. Auch der Umgang mit den politischen Verbrechen des vorhergehenden Systems kann problematisch sein. Wie Guillermo O’Donnell ausführt, ist die Konsolidierung die schwierigste Phase des Systemwechsels: „Today, several years after the inauguration of democratic governments, it has become evident that this path will be more lengthy and difficult than we have imagined in our most pessimistic predictions ...“⁸⁶ Sicher ist nur, dass die beteiligten Akteure einen *Grundkonsens* bezüglich der Einhaltung demokratischer Spielregeln finden müssen. Dies wird aber durch die Tatsache erschwert, dass die Zahl der Parteien, der Interessengruppen und anderer Organisationen infolge sinkender Kosten politischer Artikulation zunimmt, wodurch die Koordination behindert wird. Deshalb spielt der Aufbau von Institutionen eine grosse Rolle, denn sie verringern die Unsicherheit und machen die Resultate der Politik berechenbar. Des Weiteren ist es wichtig, dass die Akteure zur Überzeugung gelangen, dass alle Konflikte innerhalb des institutionellen Rahmens zu lösen sind - es dürfen also *keine* „gangbaren“ *Alternativen zur Demokratie* existieren. Vieles hängt in dieser Phase vom „verantwortungsbewussten“ Handeln von Regierung und Opposition ab. Die jungen Demokratien stehen vor dem Dilemma, gleichzeitig die Postulate der Effizienz (bezüglich Regierbarkeit) und der Repräsentativität erfüllen zu müssen. Die Systemwechselforschung ist zum Ergebnis gekommen, dass solche Kompromisse nur von *professionellen Politikern* zustande gebracht werden können. Die Akteure sollten also professionell und den Werten der Demokratie verpflichtet sein. Die beste Garantie für die Erfüllung solcher Eigenschaften bietet eine Veränderung der politischen Kultur und ein günstiges aussenpolitisches Umfeld ... Bei der Bewertung dieser Antworten wird ersichtlich, dass es den akteurstheoreti-

⁸⁵ Ibid., S. 97.

⁸⁶ O’Donnell (1992), S. 17.

schen Ansätzen für sich allein genommen nicht gelungen ist, die Bedingungen der demokratischen Konsolidierung in befriedigendem Ausmass darzulegen.

Nach der Darstellung der beiden metatheoretischen Forschungskonzeptionen, der Systemtheorie und den Akteursansätzen, sollen diese im nächsten Abschnitt im Hinblick auf ihre Tauglichkeit zur Beantwortung der wichtigsten Fragestellungen in der Systemwechselforschung bewertet werden. Danach will ich meine eigene theoretische Position erörtern.

4 Eigene Position

Der deutsche Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel stellt in einem Aufsatz die etwas provokative Frage: „Gibt es einen Königsweg in der Transformationsforschung?“⁸⁷ Er verneint diese Frage und plädiert für eine Gesamtschau, die offen ist für die Erkenntnisse der unterschiedlichen Ansätze. Ich unterstütze ebenfalls eine solche Vorgehensweise, doch muss meines Erachtens die Verwendung der entsprechenden Theorien genauer untersucht werden. Deshalb möchte ich zunächst den Erklärungsgehalt von Systemtheorien und Akteursansätzen vergleichen und danach den Rahmen für eine Synthese skizzieren.

Wie im Vorhergehenden gezeigt wurde, liegen die Stärken und Schwächen der beiden untersuchten Theorierichtungen auf unterschiedlichen Ebenen. Systemtheorien können langfristige Entwicklungen, wie etwa die Gründe für den Zusammenbruch von autoritären Regimen und die Bedingungen der demokratischen Konsolidierung mit einiger Plausibilität aufzeigen - nicht aber die konkreten Transitionen. Demgegenüber liegen die Stärken von akteurstheoretischen Ansätzen gerade in der Modellierung von Transitionen. Auch sind sie - zwar nur beschränkt - in der Lage, gewisse Bedingungen, die zu Liberalisierung und/oder Demokratisierung führen, aufzuzeigen. Die Kriterien für eine erfolgreiche Konsolidierung können sie aber nicht zufriedenstellend darlegen. Es lässt sich also festhalten, dass weder Systemtheorien noch Akteursansätze eine für alle Phasen eines Systemwechsels gleichermassen kohärenten Erklärungsrahmen besitzen. Keine der beiden Ansätze ist dem anderen generell überlegen. Zusammenfassend lassen sich ihre Stärken und Schwächen wie folgt darstellen (vgl. Tabelle 3.):

⁸⁷ Merkel (1994b), S. 303.

	Systemzusammenbruch	Transition	Konsolidierung
Systemtheorien	+	-	+
Akteursansätze	(-)	+	-

Legende: + hohe Erklärungskraft; (-) eingeschränkte Erklärungskraft; - geringe Erklärungskraft

Tabelle 3: Vergleich der Theorieansätze

Wegen des teilweise unterschiedlichen Erkenntnisinteresses stehen meines Erachtens die obigen Theorieansätze nicht in einem ausschliesslichen Konkurrenzverhältnis. Systemtheorien nehmen eher eine Makroperspektive ein, deshalb sind sie geeignet, Ordnungen und Strukturen im Prozess des Systemwechsels aufzudecken.⁸⁸ Wegen ihres hohen Abstraktionsgrades tendieren sie aber dazu, zuviel erklären zu wollen.⁸⁹ Akteursansätze hingegen nehmen eine entgegengesetzte Position ein: Sie sind mikro- und handlungsorientiert und stehen auf einer niedrigeren Abstraktionsstufe, deshalb besteht bei ihnen die Gefahr des „Zu-Wenig“. Unterscheidet man in der Theoriebildung zwischen Makro-, Meso- und Mikroebene, besteht die Möglichkeit der Integration beider Forschungsrichtungen, denn bezüglich ihrer Aussagen über die Mesoebene kommen sie zu ähnlichen Ergebnissen: Für eine Transition ist es immer notwendig, dass innerhalb der herrschenden Elite eine Spaltung zwischen konservativen und reformistischen Kräften entsteht. Entweder geschieht dies aufgrund der Statusinkonsistenz von Funktionseleiten in autoritären Systemen (Systemansätze) oder aufgrund der Nutzenkalkulation von einzelnen Führungsgestalten (Akteursansätze). Soll die Transition erfolgreich sein, muss aber ein Mindestmass an Kooperation zwischen den Gruppen aufrecht erhalten werden. Graphisch lässt sich das oben Gesagte wie folgt darstellen (vgl. Abbildung 3.):

⁸⁸ Sandschneider (1994), S. 37.

⁸⁹ Merkel (1994b), S. 321.

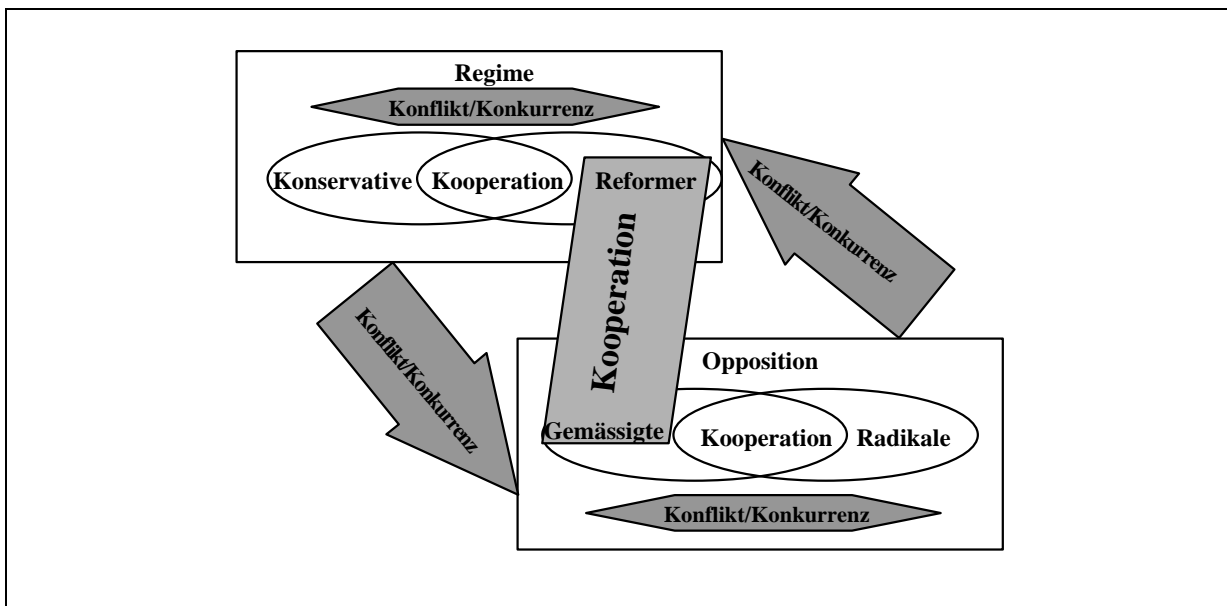


Abbildung 3: Mesoebene in der Transition

Dieses Modell geht also von der Verbindung der Analyseebenen aus. Die Makroansätze der Systemtheorien werden über die Modellierung der Gruppenstruktur mit den Mikroansätzen der Akteurstheorien verbunden:

- *Mikroebene:* Gesellschaftliche Strukturen begrenzen den Raum möglicher Handlungsoptionen. In diesem Rahmen verhalten sich die individuellen Akteure als rationale Nutzenmaximierer. Veränderungen der Ausgangsbedingungen führen über Anpassungen der Nutzenstruktur zu Verhaltensänderungen.
- *Mesoebene:* Die Strukturen und das Verhalten der Gruppen sind einerseits von funktionalen Erfordernissen und andererseits von individuellen Entscheidungen abhängig.
- *Makroebene:* Auf der Ebene des Gesamtsystems laufen unpersönliche - globale - Prozesse ab. Sein Überleben und Funktionieren erfordert die Herausbildung der entsprechenden Strukturen und Funktionen. Diese müssen jedoch von den Akteuren wahrgenommen und richtig interpretiert werden, sonst entstehen dysfunktionale Verhaltensmuster.

Aus dieser Aufstellung geht hervor, dass die drei Analyseebenen miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig bedingen. „Es zeigt sich in der Entwicklung der neueren Ansätze, dass

sich *System- und Akteursmodelle in fruchtbarer Weise durchdringen.*⁹⁰ Subjektlose Systemansätze bedürfen akteurstheoretischer Ergänzung, weil nur Menschen handeln können. Die funktionalen Erfordernisse des Gesamtsystems bestimmen die Eigenschaften von Akteuren, die für dessen Überleben notwendig sind. Systematische Prozesse (Trends) müssen aber immer von Akteuren wahrgenommen und in politische Handlungen umgesetzt werden. Dabei determinieren strukturelle Faktoren - teilweise jedenfalls - die Handlungsweise der Menschen und begrenzen den Raum ihrer möglicher Optionen. Es findet ein Rückkoppelungsprozess zwischen Akteuren und Strukturen statt. Keine dieser beiden Komponenten darf also vernachlässigt werden. Aus diesem Grunde empfiehlt sich für die Transitionsforschung die Verwendung eines kombinierten Ansatzes, der die drei Analyseebenen über funktionale Erfordernisse und deren Verarbeitung in der individuellen Nutzenmaximierung integriert (vgl. Abbildung 4).

⁹⁰ Von Beyme (1994), S. 42. [Hervorhebung durch den Verf.]

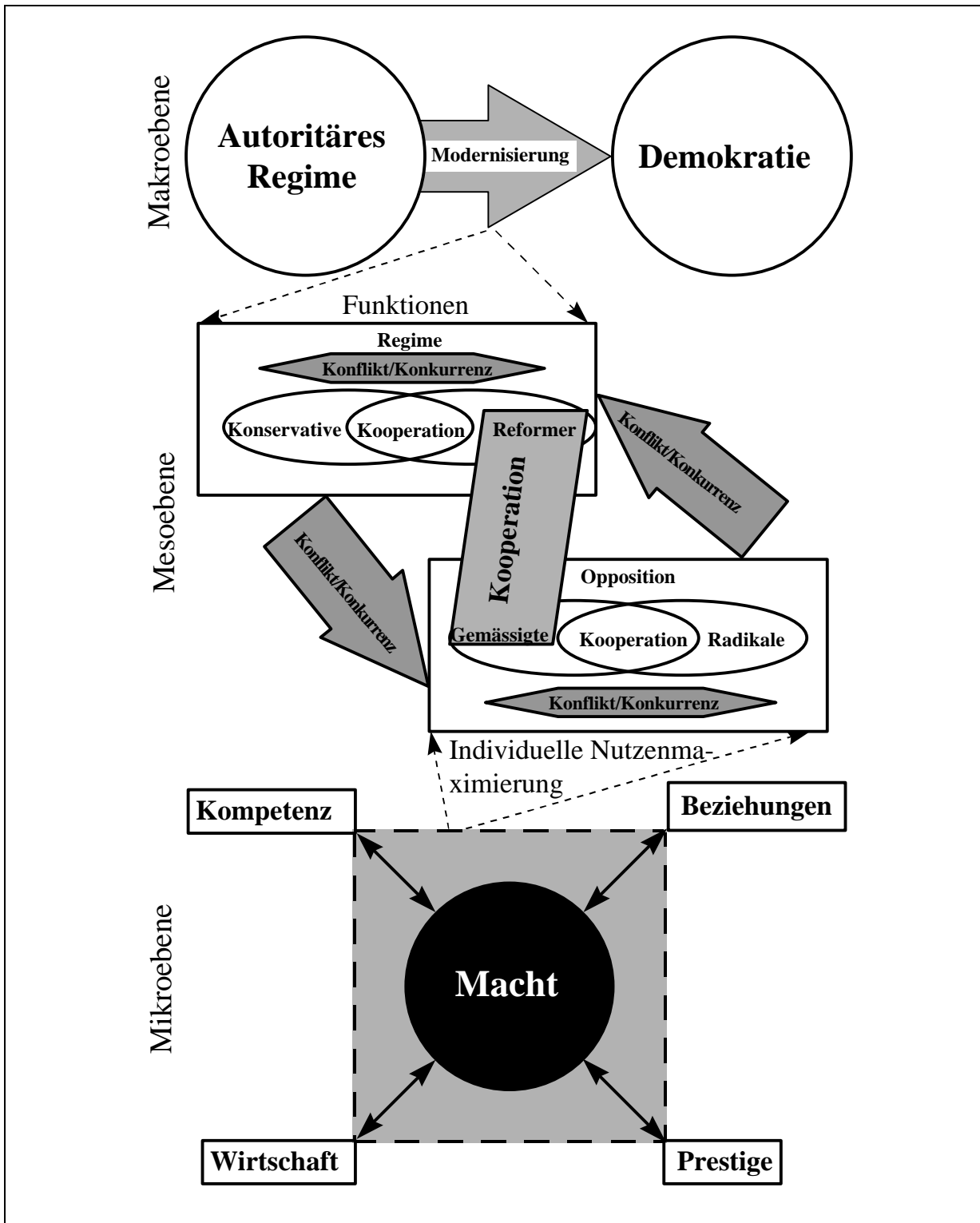


Abbildung 4: Integration der Analyseebenen

Literaturverzeichnis

- Ágh**, Attila, The Paradoxes of Transition, in: Cox, Terry and Furlong, Andy (eds.): *Hungary the Politics of Transition*, London, Frank Cass, 1995, S. 15-34.
- von Beyme**, Klaus, *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt a.M., Suhrkamp, 1994.
- von Beyme**, Klaus, *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne*, Frankfurt a.M., Suhrkamp, 1991.
- von Beyme**, Klaus und **Nohlen**, Dieter, Systemwechsel, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.), *Lexikon der Politik. Band 1. Politische Theorien*, München, C.H.Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 1995, S. 636-649.
- Bos**, Ellen, Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen, Leske + Budrich, 1994, S. 81-109.
- Bozóki**, András, Confrontation and Consensus. Forms of Political Integration, in: Bozóki, András (ed.), *Democratic Legitimacy in Post-Communist Societies*, Budapest, T-Twins, 1994, S. 66-82.
- Bozóki**, András, The Hungarian Transition in a Comparative Perspective, in: Bozóki, András; Körösenyi, András and Schöpflin, George (eds.), *Post-Communist Transition. Emerging Pluralism in Hungary*, London, Pinter Publishers, 1992a, S. 163-194.
- Brennan**, Geoffrey und **Buchanan**, James M., *The Reason of Rules: Constitutional Political Economy*, Cambridge, Cambridge University Press, 1985.
- Burchhardt**, Hans-Jürgen, Wirtschaftsdynamik im Realsozialismus. Gründe eines Scheiterns, in: OSTEUROPA, 1995, Jg. 45, Nr. 2, S. 103-119.
- Dahrendorf**, Ralph, *Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist - 1990*, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1990.
- Filipowicz**, Stanislaw, Democratic Legitimacy in Post-Communist Societies: Concept and Problems, in: Bozóki, András (ed.), *Democratic Legitimacy in Post-Communist Societies*, Budapest, T-Twins, 1994, S. 57-65.
- Garton Ash**, Timothy, Refolution, in: Garton Ash, Timothy, *The Uses of Adversity. Essays on the Fate of Central Europe*, New York, Random House, 1989, S. 309-324.
- Hollis**, Martin, *The Philosophy of Social Science. An Introduction*, Cambridge, Cambridge University Press, 1994.
- Huntington**, Samuel P., *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman/London, University of Oklahoma Press, 1993. [Paperback]
- Karl**, Terry Linn and **Schmitter**, Phillippe C., Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, INTERNATIONAL SOCIAL SCIENCE JOURNAL, 1991, Vol. 43, No. 2, S. 269-284.
- Liebert**, Ulrike, *Modelle demokratischer Konsolidierung. Parlamente und organisierte Interessen in der Bundesrepublik Deutschland, Italien und Spanien. 1948-1990*, Opladen, Leske + Budrich, 1995.

- Lijphart**, Aron, Constitutional Choices for New Democracies, *JOURNAL OF DEMOCRACY*, 1991, Vol. II, No. 1, S. 72-84.
- Linz**, Juan, The Perils of Presidentialism, *JOURNAL OF DEMOCRACY*, 1990, Vol. I, No. 1, S. 51-69.
- Merkel**, Wolfgang, Einleitung, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen, Leske + Budrich, 1994a, S. 9-20.
- Merkel**, Wolfgang, Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratien in Ostmitteleuropa, in: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard und Segert, Dieter (Hrsg.), *Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie*, Opladen, Leske + Budrich, 1996, S. 73-112.
- Merkel**, Wolfgang, Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen, Leske + Budrich, 1994b, S. 303-331.
- Merkel**, Wolfgang, Systemwechsel: Probleme der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa, *AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE*, 1994c, Jg. 44, Nr. 18/19, S. 3-11.
- Meuschel**, Sigrid, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR. 1945-1989*, Frankfurt, Suhrkamp, 1992.
- Meyer**, Gerd, Democratic Legitimacy in a Historical Perspective: Concept and Approaches for Research, in: Bozóki, Andras (ed.), *Democratic Legitimacy in Post-Communist Societies*, Budapest, T-Twins, 1994, S. 13-56.
- Nohlen**, Dieter, Mehr Demokratie in der Dritten Welt? Über Demokratisierung und Konsolidierung der Demokratie in vergleichender Perspektive, *AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE*, 1988, Jg. 38, Nr. 25/26, S. 3-18.
- O'Donnell**, Guillermo, Transitions, Continuities, and Paradoxes, in: Mainwaring, Scott; O'Donnell, Guillermo; Valenzuela, Samuel (eds.), *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*, Notre Dame, Notre Dame University Press, S. 17-56.
- O'Donnell**, Guillermo und **Schmitter**, Phillippe C., Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, in: O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Phillippe C. and Whitehead, Laurence, *Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy*, Baltimore and London, Johns Hopkins University Press, 1986, IV. Teil.
- O'Donnell**, Guillermo; **Schmitter**, Phillippe C. and **Whitehead**, Laurence (ed.), *Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy*, Baltimore and London, Johns Hopkins University Press, 1986.
- Offe**, Claus, *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt und New York, Campus Verlag, 1994, S. 57-80.
- Przeworski**, Adam, Some Problems in the Study of the Transition to Democracy, in: O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Phillippe C. and Whitehead, Laurence (eds.), *Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy*, Baltimore and London, The Johns Hopkins University Press, 1986, Bd. III, S. 47-63.

- Ropohl**, Günter, Einführung in die allgemeine Systemtheorie, in: Lenk, Hans und Ropohl, Günther (Hrsg.), *Systemtheorie als Wissenschaftsprogramm*, Königstein, Athäneum, 1978, S. 9-49.
- Rüb**, Friedbert W., Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen, Leske + Budrich, 1994, S. 111-137.
- Sandschneider**, Eberhard, Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.), *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen, Leske + Budrich, 1994, S. 23-45.
- Schmidt**, Siegfried J., Der Radikale Konstruktivismus: Ein neues Paradigma im interdisziplinären Diskurs, in: Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.), *Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus*, 4. Auflage, Frankfurt a. M., Suhrkamp, 1991.
- Seiffert**, Helmut, *Einführung in die Wissenschaftstheorie* (3 Bände), 11. Auflage, München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 1992.
- Strasser**, Hermann, Theorien des sozialen Wandels, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.), *Lexikon der Politik. Band 1. Politische Theorien*, München, C.H.Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 1995, S. 665-669.
- Varela**, Francisco J., Autonomie und Autopoiese, in: Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.): *Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus*, 4. Auflage, Frankfurt a. M., Suhrkamp, 1991.
- Welzel**, Christian, Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen, Leske + Budrich, 1994, S. 9-20.